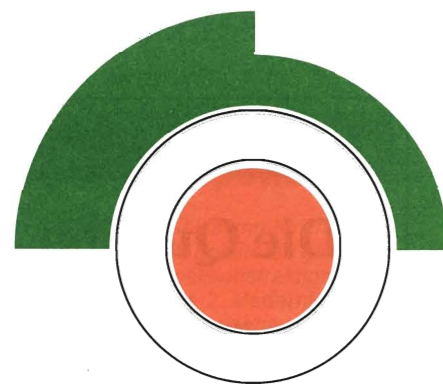


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 7



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 11.4.2000

## WORT UND WIDERWORT

### Auch in Nordrhein-Westfalen Abitur schon nach zwölf Jahren?

Eine generelle Verkürzung auf zwölf Jahre lehne die SPD ab. Auch jetzt schon sei es möglich, die Schulzeit individuell zu verkürzen. Die Schule müsse allerdings darauf achten, dass sie den Entwicklungsmöglichkeiten der Jugendlichen Rechnung trage. Je nach Wunsch und Leistungsbereitschaft könne der schulische Bildungsweg in zwölf oder 13 Jahren durchlaufen werden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Manfred De-gen**. Der CDU-Abgeordnete **Bernhard Recker** betont, leistungsstarken Schülerinnen und Schülern müsse in Nordrhein-Westfalen umgehend verstärkt die Möglichkeit eröffnet werden, die Abiturprüfung nach insgesamt zwölf Schuljahren abzulegen. Durch eine Straffung des gesamten gymnasialen Bildungsgangs sei der achtjährige Bildungsgang zum Abitur das Ziel der CDU. Der GRÜNE-Abgeordnete **Rainer Michaelis** bekräftigt, seine Partei wolle leistungsstarken Schülerinnen und Schülern künftig die Möglichkeit geben, das Abitur in zwölf statt bisher 13 Schuljahren zu erreichen. Eine generelle Verkürzung der Schulzeit für alle lehne man jedoch ab, weil dies die Chancen vieler auf ein qualifiziertes Abitur verschlechtern würde. (Seite 2)

### Landesvertretung zieht im Sommer nach Berlin um Kleine Außenstelle bleibt in Bonn

Die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund wie auch der Bundesrat werden in der Sommerpause von Bonn nach Berlin umziehen.

Wie die Bevollmächtigte beim Bund, Heide Dörrhöfer-Tucholski, im Hauptausschuss unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Werner Jostmeier (CDU) mitteilte, werde man eine kleine Außenstelle in Bonn behalten.

Der erste Spatenstich zur neuen Landesvertretung in Berlin sei am 5. April gefeiert worden. Man gehe davon aus, dass die Vertretung im Dezember 2001 fertig sein werde. Bis dahin sei man weiter in der Bremer Landesvertretung und einem weiteren Gebäude untergebracht, das zum 1. August angemietet worden sei, sagte die Staatssekretärin.

SPD-Sprecher Reinhard Grätz merkte zur Problematisierung der so genannten „Berliner Republik“ an, es wäre falsch, jetzt gewissermaßen von der Bonner Republik her die Berliner Republik herbeizureden. Das sollte man, gerade aus der Interessenlage Nordrhein-Westfalens heraus, nicht tun.

Edgar Moron (SPD) fragte, was man noch an Serviceleistungen von Bonn erwarten

könne, und Werner Jostmeier wollte wissen, ob noch Sitzungen in Bonn stattfänden. Die Staatssekretärin bejahte. Das Gebäude in Bonn soll in Absprache mit einem künftigen Mieter noch für Veranstaltungen und Sitzungen genutzt werden können.



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) gratuliert dem 1. Landtagsvizepräsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) zum Geburtstag. Klose wurde, wie berichtet, 65 Jahre alt.  
Foto: Schalte

## Die Woche im Landtag

### Expertenrat

Ende des Jahres legt der Expertenrat im Rahmen des Qualitätspakts seine Empfehlungen zur Entwicklung des Hochschulwesens vor. (Seite 5)

### Mekonet

Mit dem in Marl initiierten „Mekonet-Medienkompetenznetzwerk“ soll ein Netzwerk der Netzwerke aufgebaut werden. (Seite 6)

### Verbraucherschutz

Eine Debatte ergab: Bei der Verbesserung des Verbraucherschutzes besteht weiter Handlungsbedarf. (Seite 10)

### Hauptschule

Die Fraktionen waren sich einig: Die Hauptschule leistet in Nordrhein-Westfalen eine wichtige Arbeit. (Seite 11)

### Schuman-Plan

Der Schuman-Plan löste nach dem Krieg das Ruhrproblem und war der erste Schritt zur europäischen Einigung. (Seite 15)

### Wahlbetrachtung

Der Landtag gibt in „Wahlbetrachtungen“ einen Überblick über die Landtagswahlen von 1947 bis heute. (Seite 16)

## WORT UND WIDERWORT

# Die Qualität des Unterrichts muss gesichert bleiben

Von  
Manfred Degen

Lernzeit ist kostbar, und das im doppelten Sinne. Von einer Schulzeitverkürzung erwarten manche auch eine Einsparung von Lehrerstellen. Für viele Schülerinnen und Schüler überschreitet die durchschnittliche Schul- und Ausbildungszeit bis zum Eintritt in Beruf oder Studium ohnehin dreizehn Jahre. Viele Jugendliche absolvieren nacheinander gymnasiale Oberstufe und eine Berufsausbildung – für die jungen Menschen ist das ein unnötiger Zeitverlust, für das Land kostet dieser Umweg zusätzliche Lehrerstellen. Die neuen Möglichkeiten im Berufskolleg, den Erwerb beruflicher Qualifikationen mit allen Schulabschlüssen bis hin zum Abitur zu verbinden, eröffnet eine attraktive und zeitsparende Alternative.

Eine generelle Verkürzung auf zwölf Jahre lehnen wir ab. Auch jetzt schon ist es möglich, die Schulzeit individuell zu verkürzen. Die Schule muss allerdings darauf achten, dass sie den Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen Rechnung trägt. Interessan-

### SPD: Generelle Verkürzung der Schulzeit wird abgelehnt

terweise hat die Grundschule mit ihren Möglichkeiten zur Differenzierung und Individualisierung gezeigt, dass Lernzeiten individuell unterschiedlich genutzt werden können. Auch kann durch vorzeitige Einschulung die Schulzeit insgesamt früher beendet werden.

Eine klassische Möglichkeit, Schulzeit zu verkürzen, ist das Überspringen einer Klasse. In der gymnasialen Oberstufe wird leistungsstarken Schülerinnen und Schülern das Überspringen der Jahrgangsstufe 11 ermöglicht. Zusätzlich ist ein Überspringen einer Klasse auch durch Lerngruppen möglich. Schulen bieten z.B. im Rahmen einer Schwerpunkt- bzw. Profilbildung Modelle der Förderung leistungsfähiger Schüler an. Die Regelung der Schulzeit sollte allerdings nicht zu einer Einschränkung der Durchlässigkeit führen, z.B. beim Wechsel aus einer anderen Schulform in die Oberstufe.

Beachtet werden muss allerdings auch, dass für die bundesweite Anerkennung des Abiturs nach zwölf Jahren genau so viel Unterrichtsstunden nachgewiesen werden müssen wie nach 13 Jahren.

Je nach Wunsch und Leistungsbereitschaft kann der schulische Bildungsweg in zwölf oder 13 Jahren durchlaufen werden. Es kommt darauf an, die vorhandenen schulrechtlichen Möglichkeiten verstärkt in den Schulen zu nutzen. Das führt dann auch zu flexiblen Bildungszeiten und vermeidet, dass Kinder und Jugendliche unter- bzw. überfordert werden.

Von  
Bernhard Recker

Leistungsstarken Schülerinnen und Schülern muss in Nordrhein-Westfalen umgehend verstärkt die Möglichkeit eröffnet werden, die Abiturprüfung nach insgesamt zwölf Schuljahren abzulegen. Durch eine Straffung des gesamten gymnasialen Bildungsgangs ist der achtjährige Bildungsgang zum Abitur unser Ziel. Als erster Schritt sollte allen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die Wahlmöglichkeit zwischen einem achtjährigen und einem neunjährigen Bildungsgang zum Abitur angeboten werden. Dabei soll der Zeitgewinn von einem Schuljahr in der Mittelstufe erbracht werden, während die Oberstufe in der für alle verbindlichen Form gemeinsam absolviert werden sollte. Eine Verkürzung des gymnasialen Bildungsgangs ist nur dann verantwortbar, wenn gewährleistet ist, dass der achtjährige Bildungsgang zum Abitur qualitativ

### CDU: Mehr Chancen durch besseres und schnelleres Abitur

den gleichen Ansprüchen genügt wie der neunjährige.

Eine Straffung des gymnasialen Bildungsgangs muss im Zusammenhang einer qualitätsorientierten Reform der gymnasialen Oberstufe stehen. Leider haben Studien des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung die Qualität nordrhein-westfälischer Gymnasien erneut ins Gerede gebracht und herausgestellt, dass der Lernrückstand in der gymnasialen Oberstufe besonders krass ist in Ländern, die kein Zentralabitur haben.

Wir setzen uns daher für ein Zentralabitur ein sowie für ein neues Oberstufenmodell, das die Allgemeinbildung und Studierfähigkeit der Abiturienten verbessert durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Pflichtbindung und Wahlfreiheit der einzelnen Fächer, eine stärkere Berücksichtigung der Kernfächer und stabile Lerngruppen. Im Sinne dieser Forderungen muss sich Nordrhein-Westfalen auf der Kultusministerkonferenz für Toleranzlösungen einsetzen, wie sie einige Bundesländer bereits praktizieren bzw. erneut über die derzeit gültigen Beschlüsse zur gymnasialen Oberstufe beraten.

Von  
Rainer Michaelis

Durch die Diskussion um die „Green-Card“ ist die Frage der Schulzeitverkürzung wieder aktuell geworden. Vor allem diejenigen, die das Abitur nach zwölf Schuljahren fordern, fühlen sich durch den Mangel an qualifizierten Informatikern bestätigt. Bei näherer Betrachtung erweist sich dies jedoch als bildungspolitischer Schnellschuss. Nicht die generelle Verkürzung der Schulzeit für alle, sondern eine flexiblere Ausgestaltung und eine qualitative Verbesserung des Unterrichts stehen für uns auf der Agenda der Bildungspolitik.

Wir GRÜNEN wollen leistungsstarken Schülerinnen und Schülern künftig die Möglichkeit geben, das Abitur in zwölf statt bisher 13 Schuljahren zu erreichen. Aus diesem Grund haben wir in NRW dafür gesorgt, dass die Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe künftig erst zu Beginn der Klasse 12 ihre Wahl der Leistungs- und Grundkurse treffen. Dadurch wird ihnen die Möglichkeit erleichtert, entweder die Klasse 11 zu überspringen oder – z.B. nach einem einjährigen Auslandsaufenthalt – direkt in die Klasse 12 der Oberstufe zu wechseln.

Eine generelle Verkürzung der Schulzeit für alle lehnen wir jedoch ab, weil dies die Chancen vieler Schülerinnen und Schüler auf ein qualifiziertes

### GRÜNE: Individuelle Lernzeiten flexibler gestalten als bisher

Abitur deutlich verschlechtern würde. Wir wollen statt dessen die individuellen Lernzeiten entsprechend den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Leistungen der Schüler flexibler als bisher gestalten. Flexiblere Ausgestaltung heißt für uns: Durch eine größere Durchlässigkeit der Bildungsgänge wollen wir mehr Schülerinnen und Schülern als bisher die Chance zu höherwertigen Bildungsabschlüssen ermöglichen.

Eine sinnvolle Verkürzung von Ausbildungszeiten darf nicht zu Lasten der Qualität des Unterrichts gehen. Die Praxis zeigt: Nicht alle Schülerinnen und Schüler lernen gleich schnell. Das Lerntempo hängt nicht zuletzt davon ab, welche Lernvoraussetzungen sie haben, welches Lernumfeld ihnen geboten wird und welche besonderen Lernschwierigkeiten zu überwinden sind. In NRW besuchen überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund die öffentlichen Schulen. Eine generelle Verkürzung der Schulzeit für alle würde gerade diesen Schülerinnen und Schülern den Weg zum Abitur zusätzlich erschweren.

Der aktuelle Mangel an qualifizierten Fachkräften und Hochschulabsolventen gerade im Bereich der neuen Informationstechnologien ist kein spezifisch deutsches Problem, alle hoch entwickelten Industrieländer sind davon betroffen. Die Lösung ist nicht eine möglichst kurze Ausbildung für wenige, sondern eine möglichst gute Ausbildung für viele. Es ist nicht die Aufgabe der Schule, einige wenige in Rekordzeit zu Computerspezialisten zu trimmen. Die Schule soll vielmehr möglichst vielen jungen Menschen eine qualitativ hochwertige Grundlage vermitteln, damit sie sich auf die immer schneller verändernden Anforderungen der Berufswelt einstellen können.

## Zahlreiche Änderungen am Regierungsentwurf 2. Modernisierungsgesetz

### Landesbetrieb Straßenbau – Gesamtverkehrsplanung – Schul sponsoring

Im Einzelnen beschlossen die Ausschüsse folgende Änderungen gegenüber dem Regierungsentwurf:

Das Landesoberbergamt wird aufgelöst und in die Bezirksregierung Arnsberg integriert; die Bergämter werden nicht aufgelöst, sondern der Bezirksregierung Arnsberg nachgeordnet. Ebenso wird das Landesversorgungsamt aufgelöst, die Versorgungsämter werden der Bezirksregierung Münster nachgeordnet. Die obere Flurbereinigungsbehörde wird eine Abteilung der Bezirksregierung Münster. Diese Abteilung ist in der Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Flurbereinigungsgesetz eigenständig. Das Landesamt für Agrarordnung wird aufgelöst.

CDU-Sprecher Franz Josef Britz erklärte, die Bundesrechtslage werde mit einem Trick umgangen, das sei mit deren Sinn nicht vereinbar. Die Synergieeffekte seien vernachlässigbar. Hans Krings (SPD) und Ewald Groth (GRÜNE) erklärten, mit der Lösung für die Versorgungsverwaltung und die Agrarordnung sei das Land auf der rechtlich sicheren Seite und schöpfe gleichzeitig seinen Spielraum aus.

Die „strategischen“ Aufgaben der Straßenbauverwaltung, zum Beispiel die Mittelbewilligung für kommunalen Straßenbau, Öffentlichen Personennahverkehr, die Linienbestimmung für Landesstraßen, Planfeststellung und Plangenehmigung für Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen obliegen den Bezirksregierungen. Alle anderen Aufgaben, „das operative Geschäft“, werden einem neuen Landesbetrieb Straßenbau mit den Standorten Münster und Köln übertragen, der zum 1. 1. 2001 errichtet werden soll.

CDU-Sprecher Britz hielt das für die schlechteste aller Lösungen, die weder der Aufgabenerfüllung gerecht werde, noch die berechtigten Forderungen der Kommunen erfülle. Zwischen den fünf Bezirksregierungen und dem Landesbetrieb werde es neue Schnittstellen geben. Jürgen Thulke (SPD) ergänzte zum finanziellen Teil der Neuordnung, über die Kosten gebe es nur Schätzungen. Es solle eine kommunalfreundliche Verhandlungslösung gefunden werden. Ewald Groth (GRÜNE) erklärte, seine Fraktion habe immer noch schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken, gebe aber aus Gründen der Koalitionsräson nach. Albert Leifert (CDU) hielt das für einen schlimmen Vorgang, da die Kommunen künftig auf die Gnade des Landes angewiesen seien. Hans Krings versicherte, bei der Vermögensübergabe werde niemand über den Tisch gezogen.

Die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den Straßengesetzen wird dem Landesbetrieb Straßenbau übertragen.

Unzufrieden war die CDU auch mit der tarifvertraglichen Lösung für den Übergang der Beschäftigten auf andere Behörden. Ewald Groth (GRÜNE) stimmte dem Tarifvertrag zu und hielt die Übernahme von Kosten der Zusatzversorgung durch das Land für nötig.

In das 2. Modernisierungsgesetz wird als Artikel 9 ein ganz neues Gesetz eingefügt, und zwar das „Gesetz zur integrierten Gesamtverkehrsplanung NRW“. Dabei sollen Belange der Raumordnung und Landespla-

Die Ausschüsse für Verwaltungsstrukturreform und für Kommunalpolitik stimmten in der von den Vorsitzenden Renate Drewke und Friedrich Hofmann (beide SPD) geleiteten gemeinsamen Sitzung am 5. April über insgesamt 32 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE ab und den dann so geänderten Regierungsentwurf für das 2. Modernisierungsgesetz NRW ab. Das Verwaltungsreformgesetz soll in der letzten Plenarwoche in 2. Lesung verabschiedet werden und (grundsätzlich) am 1. 1. 2001 in Kraft treten. Die CDU-Mitglieder der beiden Ausschüsse lehnten das Gesetz ab, stimmten aber einzelnen Änderungsanträgen zu.



Über 32 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE zum 2. Modernisierungsgesetz NRW hatten die Ausschüsse für Verwaltungsreform und Kommunalpolitik abzustimmen, bevor sie mit Mehrheit dem geänderten Regierungsentwurf zustimmten, v.l. die Vorsitzenden Friedrich Hofmann und Renate Drewke (beide SPD), Wolfgang Fröhlecke (Ausschussassistent).

Foto: Schälte

nung, Verkehrsentwicklung, Umweltschutz und Städtebau bei der Integration aller Verkehrsträger und Verkehrsmittel berücksichtigt werden. Im Sinne von „nachhaltiger Mobilität“ sollen Verkehrsträger vernetzt, den öffentlichen Verkehrsträgern Vorrang eingeräumt, sollen verkehrssparsame Raumstrukturen unterstützt, die Verkehrssicherheit, besonders der Radfahrer und Fußgänger, erhöht werden. Schutz vor Lärm und Schutz der Gewässer, der Natur und Landschaft sowie der Denkmäler sind unter den allgemeinen Zielen aufgeführt.

Für die SPD sah Hans Krings (SPD) in der Umsetzung der Ziele der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ ein heeres Ziel. Ewald Groth (GRÜNE) hielt das neue Gesetz für ein Juwel, das schmerzhaft andere Teile der Verwaltungsreform aufwiege, und drückte Freude darüber aus, dass das neue Gesetz noch rechtzeitig vor dem Ende der Wahlperiode komme. Franz Josef Britz (CDU) wunderte sich über das Übergehen des Verkehrsausschusses, kritisierte den Vorrang für den öffentlichen Verkehr als einseitig, wogegen die Enquetekommission Gleichrangigkeit formuliert habe, und signalisierte die Ablehnung durch die CDU.

In die (neuen) Regionalräte, die unter anderem über Landesentwicklung, Verkehrsplanung und jährliche Straßenbauprogramme zu beschließen haben und über Straßenbaumaßnahmen bis zu fünf Millionen Mark jährlich entscheiden (bisher Aufgabe der Bauamtskommissionen), werden auch Vertreter der kommunalen Gleichstellungsstellen entsandt. Der CDU-Sprecher äußerte, seine Fraktion stelle sich regionale Zuständigkeiten anders vor.

Die Amtsbezeichnung „Regierungspräsident/Regierungspräsidentin“ bleibt. Hans Krings (SPD) wies auf Probleme im Bundeszusammenhang bei Abschaffung des Titels hin. Albert Leifert (CDU) freute sich über wenigstens einen Teilerfolg der Sachverständigenanhörung. In einem weiteren Artikel des Gesamtgesetzes werden Besoldungsgruppen für Führungsämter geregelt. Der Direktor beim Landesbetrieb Straßenbau soll nach B 5 besoldet werden.

### Schulsponsoring erlaubt

Neu eingefügt wurde eine Regelung „Zuwendungen, Werbung“ für Schulen. Danach dürfen Schulen Zuwendungen von Dritten entgegennehmen und auf deren Leistungen hinweisen, wenn dies mit dem Bildungs- und Erziehungsauftrag vereinbar ist. Es werden drei Arten von Finanzhilfen unterschieden: Spenden ohne Gegenleistung, werbewirksames Sponsoring und Werbung, die weiterhin verboten bleibt, soweit sie nicht mit dem Schulauftrag vereinbar ist. Hans Krings (SPD) betonte, es sei Sorge dafür getragen, dass die Schulkonferenz, in der alle Betroffenen vertreten seien, zustimmen müsse. Ewald Groth (GRÜNE) hielt für besonders wichtig, dass Zuwendungen und Werbeeinnahmen den Schulträger nicht von der Pflicht zur gleichmäßigen und ausreichenden Ausstattung aller Schulen entbinde. Der CDU-Sprecher befürwortete Schulsponsoring im Grundsatz, kündigte aber Enthaltung an, weil die Schulpolitiker noch Gelegenheit zur Beratung erhalten sollten.

Bei der Hilfe zur Pflege wird ein Härteausgleich zur „Muss-Bestimmung“, um zu verhindern, dass Ermessensspielräume zum Nachteil besonders belasteter Kommunen ausgeschöpft werden. Die überörtlichen Träger werden zu einem Härteausgleich verpflichtet, wobei als besondere Belastung

die Anzahl der Einwohner über 80 Jahre oder ein hoher Bedarf an stationärer Unterbringung trotz guter ambulanter Infrastruktur gelten kann.

Albert Leifert (CDU) äußerte sich erfreut darüber, dass eine zimal im Landtag von der CDU beantragte Forderung erfüllt wer-

de, die die Ausgaben- und Ausgabenverantwortung zusammenführe. Erhebliche Einsparungen seien zu erwarten. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt dürften positive Effekte nicht durch den Härtefallausgleich zunichte gemacht werden. Auch Ewald Groth (GRÜNE) lobte diesen richtigen Schritt, der auch neu entwickelte Alternativen zur Heimunterbringung erwarten lasse. Die Zuständigkeit der Landschaftsverbände für Blindengeld und Blindenhilfe soll ebenso erhalten bleiben wie die für Schwerbehindertenfürsorgeaufgaben. Albert Leifert (CDU) meinte, dieser Streitpunkt hätte schon viel früher aus der öffentlichen Diskussion entlassen werden sollen. Fach- und Sachverstand solle walten gelassen werden.



Die CDU-Mitglieder stimmten einigen Änderungen des Regierungsentwurfs eines 2. Modernisierungsgesetzes NRW zu, die auch von den Sachverständigen in der dreitägigen Anhörung empfohlen worden waren, aber das gesamte Reformgesetz aus verschiedenen Gründen ab, r. CDU-Sprecher Franz Josef Britz.

Foto: Schälte

## Kommunalverband Ruhr bleibt

Das weitere Bestehen des Kommunalverbands Ruhr begründete Hans Krings (SPD) mit dem Verzicht auf die Agentur Ruhr, die auf freiwilliger Basis vorgesehen war, wegen der fehlenden Zustimmung der Städte und Kreise aber nicht errichtet wurde. Franz Josef Britz (CDU) und Ewald Groth (GRÜNE) begrüßten den Fortbestand ausdrücklich, und Groth bekräftigte die andauernde Absicht seiner Fraktion, für das Ruhrgebiet eine eigene Institution zu schaffen.

## Europa-Ausschuss

### Gelungene Ansiedlung von UN-Organisationen

Während der letzten Sitzung ließen sich die Mitglieder des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik am 3. April über die bisher angesiedelten Organisationen der Vereinten Nationen in Bonn unterrichten. Im Mittelpunkt der europapolitischen Debatten standen das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2000 sowie die „Strategischen Ziele“ der Kommission für die Jahre 2000 bis 2005.

Der Direktor des „United Nations Information Centre“, Dr. Wüstenhagen, berichtete, bisher seien das „United Nations Information Centre“, das UN-Sekretariat für den Klimawandel, das Sekretariat zur Umsetzung der Wüstenkonvention, das Sekretariat zur Umsetzung des Übereinkommens wandernder wildelebender Tiere sowie das UN-Freiwilligen Programm in Bonn ansässig. Insgesamt seien 300 internationale und regionale Mitarbeiter bei diesen Organisationen beschäftigt, die aufgrund der sehr guten Konferenz-Infrastruktur in Bonn beste Arbeitsbedingungen vorfinden. 120 zusätzliche Mitarbeiter könnten noch hinzukommen. Dr. Wüstenhagen bedankte sich für den herzlichen und offenen Empfang in Bonn und unterstrich die guten Beziehungen, die die Vereinten Nationen zur Stadt Bonn und dem Land NRW aufgebaut haben. Viele der UN-Organisationen in Bonn beschäftigten sich mit wichtigen Fragen zur Zukunft von Natur und Umwelt. So seien beispielsweise für das Sekretariat zum Klimawandel die Umsetzung des Eine-Welt-Gedankens und die Implementierung der „Lokalen Agenda 21“ zentrale Themen. Das

### Verbandsklage umstritten

Der Kommunalausschuss stimmte in der Sitzung am 5. April (mitberatend) den Regierungsentwürfen zur Änderung des Landschaftsgesetzes (Drs. 12/4465) und zur Ausführung des Bundesbodenschutzgesetzes in NRW (Drs. 12/4475) mit der Mehrheit aus SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU zu.

Die ablehnende Haltung der CDU begründete deren Sprecher Albert Leifert mit der Einführung der Verbandsklage in dieser Form, die für die Kommunen erhebliche Verzögerungen bei Gewerbeansiedlungen, Ausweisung von Baugebieten und kommunalen Bauprojekten befürchten lasse. Die Regelung gehe weit über das hinaus, was in anderen Ländern beschlossen worden sei. Die Gesetzesänderung diene der kommunalen Selbstverwaltung nicht. Für die GRÜNEN begrüßte Ewald Groth „das Instrument, auf das wir lange gewartet haben“. Das umfassende Gesetzeswerk enthalte auch viele kommunalfreundliche Regelungen. Die Landesregierung werde die Wirkung innerhalb von zwei Jahren überprüfen. Walter Greverer (SPD) beurteilte die Einführung der Verbandsklage deutlich zurückhaltender, wies aber auf die Zulassung in anderen Ländern und auf einen weiteren Schritt zu mehr direkter Bürgerbeteiligung hin. Aus kommunaler Sicht gebe es keine Bedenken.

Sekretariat zur Umsetzung der Wüstenkonvention beschäftige sich ebenfalls mit Klimaveränderungen, die Auswirkungen auf bis zu einer Milliarde Menschen hätten und

den Migrationsdruck auf die westlichen Industrienationen verstärkten. Die in Bonn ansässigen UN-Organisationen würden ihre Arbeit auch auf der „EXPO 2000“ in Hannover vorstellen.

Der Chef der Staatskanzlei unterrichtete den Ausschuss über die Haltung der Landesregierung zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2000 und die „Strategischen Ziele 2000 bis 2005“. Erstmals habe die Kommission eine Art Regierungsprogramm vorgelegt. Die Landesregierung habe dies zum willkommenen Anlass genommen, eine eigene Stellungnahme über die Schwerpunkte der Europapolitik der nächsten Jahre zu erarbeiten. Große Bedeutung komme aus NRW-Sicht der Fortentwicklung des Binnenmarktes zu. Dies bedeute konkret die Herstellung eines fairen Wettbewerbs, auch im Bereich der Steuerpolitik, die künftig noch stärker koordiniert werden sollte. Auch müsse das Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen kontinuierlich verbessert werden.

Die Landesregierung begrüße zudem die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs in Lissabon vom 23./24. März zur Förderung der Informationsgesellschaft als zentralem Anliegen der Europäischen Union. So sollen beispielsweise bis zum Ende des Jahres 2001 alle Schulen an das Internet angeschlossen sein. Ein allgemeiner Zugang zu den zentralen öffentlichen Dienstleistungen des Internets soll bis zum Jahre 2003 möglich sein. Die europäische Zusammenarbeit beziehe sich auf die ökonomischen und technologischen Aspekte der Informationsgesellschaft. Den gesellschaftlichen und sozialen Aspekten der Informationsgesellschaft komme jedoch ein gleichrangiger Stellenwert zu. In diesen Bereichen greife das Subsidiaritätsprinzip und damit die Verantwortung der Mitgliedsstaaten sowie ihrer Regionen und Kommunen.

## Expertenrat legt Ende des Jahres seine Empfehlungen vor

Mit großem Interesse folgten die Mitglieder des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung unter Leitung der Vorsitzenden Sylvia Löhmann (GRÜNE) den Ausführungen von Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen. Der Vorsitzende des „Expertenrats im Rahmen des Qualitätspakts“ berichtete in der Ausschusssitzung Ende März über die bisherige Arbeit und Zielsetzungen dieses mit internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern besetzten Gremiums.

Der Qualitätspakt umfasst die Verpflichtung der Hochschulen zum Abbau von insgesamt 2 000 Stellen landesweit innerhalb von zehn Jahren. Im Gegenzug sollen die nordrhein-westfälischen Hochschulen von globalen Minderausgaben und Stellenbesetzungssperren ausgenommen werden. Außerdem soll ein Innovationsfonds im Umfang von bis zu 100 Millionen DM jährlich zur Verfügung stehen.

Nach den Zeitvorstellungen des von der Landesregierung im Rahmen des Qualitätspakts eingesetzten unabhängigen Expertenrats ist voraussichtlich zum Ende dieses Jahres mit dessen gutachterlichem Ergebnis zu rechnen. Auf das Haushaltsjahr 2001 werden die Empfehlungen des Expertenrats also noch keine direkten Auswirkungen haben können.

Professor Erichsen (früherer Präsident der Hochschulrektorenkonferenz) hob hervor, dass sich der Expertenrat vor eigenem Selbstverständnis her als – erforderlichenfalls auch kritischer – Dialogpartner mit den Hochschulen verstehe, die als die Hauptakteure in diesem Prozess zu sehen seien. Zurzeit kann folgende Zwischenbilanz gezogen werden:

- \* Der Expertenrat ist auf dem Wege, eine belastbare, gesicherte Datenbasis zu erhalten, auf deren Grundlage er seine Empfehlungen abgeben wird.
- \* Bereits jetzt ist schon vieles im Rahmen der Expertenarbeit bewirkt worden, nämlich eine überwiegend hohe Dialogbereitschaft sowohl innerhalb der Hochschulen als auch gegenüber dem Expertenrat.

Was die Verteilung der Mittel aus dem so genannten Innovationsfonds anbetrifft, habe sich der Expertenrat bereits einvernehmlich dafür ausgesprochen, dass die Mittelvergabe projektbezogen und qualitätsgeleitet erfolgen soll.

Die Empfehlungen des Expertenrats gegenüber Landesregierung und Parlament als Haushaltsgesetzgeber machen, so Erichsen, nur Sinn, wenn an den Hochschulen selbst hohe Akzeptanz dafür vorherrsche. Von daher sei die von vornherein auf Offenheit angelegte Zusammenarbeit wichtig, die auch zum Abbau von Misstrauen zwischen Hochschulen und dem Ministerium beigetragen habe.

Der Wissenschaftsausschuss seinerseits geht davon aus, dass die Entwicklung der nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft in den nächsten Jahren entscheidende Impulse durch die vom Expertenrat erarbeiteten Konzepte erhalten wird.



Die Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, Sylvia Löhmann (GRÜNE), konnte zur Sitzung über das Thema „Qualitätspakt zur Entwicklung des Hochschulwesens“ den Vorsitzenden des Expertenrats, Professor Dr. Hans-Uwe Erichsen, begrüßen.  
Foto: Schälte

## 20 Parteien treten zur Landtagswahl an

Der Landeswahlausschuss hat am 3. April über die Zulassung der Landesreservelisten nach dem Landeswahlgesetz entschieden. In der Sitzung unter Leitung des nordrhein-westfälischen Landeswahlleiters Hans Engel, Ministerialdirigent im Innenministerium des Landes, wurden von den Mitgliedern des Ausschusses (das sind der Landeswahlleiter sowie sein Stellvertreter und zehn Landtagsabgeordnete) die Listenvorschläge von 20 Parteien – bei einigen wenigen mit kleinen Änderungen – einstimmig gebilligt.

Zwei Gruppierungen wurden zur Landtagswahl am 14. Mai 2000 nicht zugelassen: Die „Direktdemokratischen Patrioten“ erfüllten nach Feststellung des Landeswahlleiters nicht die Qualifikation einer Partei; außerdem hätten sie keine Unterstützungsunter-

schriften vorgelegt. Die Partei „Ab jetzt/ Bündnis für Deutschland“ habe ihre Landesreserveliste zu spät eingereicht und zu wenig Unterstützungsunterschriften (1 000 Wahlberechtigte sind das Minimum) beigebracht.

Zugelassen worden sind vom Landeswahlausschuss die Listen folgender Parteien (ihre Namen zum Teil in Kurzform): SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P., Republikaner, Naturgesetzpartei, Tierschutzpartei, DKP, Partei Bibeltreuer Christen, Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Familien-Partei Deutschlands, Humanistische Partei, Bund für Gesamtdeutschland, Ökologische Linke, Die Mittelstandspartei, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Rentner-Partei, PDS, Feministische Partei, Unabhängige Bürger Nordrhein-Westfalen.



Leitete die Zulassungssitzung zur kommenden Landtagswahl: Landeswahlleiter Ministerialdirigent Hans Engel (M.), links von ihm der stellvertretende Wahlleiter Leitender Ministerialrat Eckart Dahnke, rechts Ministerialrat Hans Wittrock aus der Abteilung I („Verfassung, Datenschutz, Ausländer- und Asylangelegenheiten“) des Innenministeriums des Landes.  
Foto: Schälte



Bei der 61. Sitzung: Hauptausschussvorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD). Foto: Schälte

## Medienkompetenz

# Mekonet als Netzwerk der Netzwerke

Der Hauptausschuss des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) hat dem Zweiten Änderungsgesetz über die nordrhein-westfälische Akademie der Wissenschaften einstimmig zugestimmt. Bei der 61. Sitzung des Ausschusses gab ferner der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch, einen Bericht zu „Mekonet-Medienkompetenznetz“.

Der Begriff „Mekonet“ stehe für die Abkürzung „Medienkompetenznetzwerk NRW“, erläuterte der Staatssekretär. Die besondere Leistung von Mekonet, das 1998 beim Europäischen Zentrum für Medienkompetenz (ECMC) in Marl initiiert worden sei, bestehe darin, einzelne Initiativen, wie die Qualifizierung für die IT-Branche oder die Multimedia-Offensive Handwerk, miteinander zu vernetzen.

Der richtige Grundgedanke zur Effektivierung und besseren Nutzbarmachung bereits vorhandener Leistungen und Anstrengungen werde mit dem Ziel vorangetrieben, eine Dachmarke über diesen Initiativen zu errichten, gleichsam ein Netzwerk der Netzwerke aufzubauen, und so Synergien entstehen zu lassen. Das Medienkompetenznetzwerk NRW arbeite also wie ein Servicedienstleister, der den Projekten eine integrative übergreifende Dienstleistung anbiete, um sie im Ergebnis für die Nutzer erfolgreicher und effizienter zu machen.

Das Entscheidende dabei sei der Gedanke der Vernetzung. In einem Netzwerk ließen sich die Aufwendungen noch stärker als bisher auf die inhaltliche Qualifizierung konzentrieren, von der alle Netzwerkpartner profitierten.

Träger des Mekonet sei das ECMC in Marl, das dieses Projekt entwickelt habe. Auftraggeber seien die Landesanstalt für Rundfunk

und die Staatskanzlei. Bereits nach einem Jahr sei mit dem Grundbaukasten Medienkompetenz begonnen worden. Er sei in Zusammenarbeit mit dem Adolf-Grimme-Institut entstanden. Dieser Medienbaukasten, gleichsam ein virtuelles Netzwerk, das im Internet abrufbar sei, verweise auf Materialien, Literaturhinweise, Internetadressen sowie Kontaktadressen vorhandener Institutionen in NRW.

Adamowitsch berichtete, Teil 2 des Projektes bestehe in der Einrichtung des Netzwerk-Konzeptes, das die Basis für den Informationsaustausch und Kooperationen unter Bildungsträgern darstelle.

## Im Umgang mit Cannabis keine Liberalisierung

Mit dem Entzug des Führerscheins wird derjenige bestraft, der das Fahrzeug infolge des Genusses alkoholischer Getränke oder sonstiger berauschender Mittel, worunter auch Cannabis fällt, nicht sicher führen kann. Da dieses Gesetz allein die Fahrsicherheit und damit die Sicherheit für alle am Straßenverkehr Beteiligten zum Ziel habe, müsse an dieser Regelung festgehalten werden. Darauf wies Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) in ihrer Antwort zur kleinen Anfrage des Abgeordneten Daniel Kreutz (GRÜNE) hin, der sich darin auf die Drogenstudie des französischen Gesundheitsministeriums („Roques-Bericht“) bezog. Diese Studie besagt, dass Cannabis allein kein wesentlicher Risikofaktor im Straßenverkehr zu sein scheine und dass es in die unterste Risikokategorie hinter Nikotin und Alkohol einzuordnen sei. Frau Fischer räumte ein, dass sich bei Cannabis nach derzeitigen rechtsmedizinischen Erkenntnissen ein Beweigrenzwert für Fahrunsicherheit nicht festlegen lasse und dass dazu zusätzliche Beweisanzeichen vorausgesetzt werden müssten. Gleichwohl sei es notwendig, bei der Bevölkerung Verständnis für Zusammenhänge der Suchtproblematik zu fördern, da lediglich eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger eine Liberalisierung im Umgang mit Cannabis befürworte. Eine Suchtpolitik sei aber um so erfolgreicher, je breiter dazu der gesellschaftliche Konsens sei.



## Frauen in Nordrhein-Westfalen

Begegnungen, Gespräche und Musik standen im Mittelpunkt der Veranstaltung „Frauen in Nordrhein-Westfalen“, zu der Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 23. März in das Restaurant des Parlaments eingeladen hatte. Der Präsident freute sich besonders darüber, dass auch auswärtige Gäste, Gleichstellungsbeauftragte, Vertreterinnen von Frauenbüros, Frauenvereinen und Frauenverbänden der Einladung gefolgt waren. Der Präsident betonte, der 89. internationale Frauentag seit 1911 habe nichts von seiner Bedeutung verloren. Die Forderungen lauteten auch im 21. Jahrhundert nach wie vor Freiheit und Unabhängigkeit, Chancengleichheit statt Diskriminierung und Absage an Gewalt. Sicherlich sei vieles erreicht worden. Platte Diskriminierungen seien heute so ohne weiteres nicht mehr möglich. Der internationale Frauentag werde aber auch in Zukunft notwendig sein, denn es gebe Ziele, die nicht kurzfristig zu erreichen seien, jedoch schrittweise weiterentwickelt werden könnten. Ulrich Schmidt nannte neue Arbeitsstrukturen, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ökonomische Unabhängigkeit und persönliche Entfaltung. Das Bild zeigt das Kabarett der Frauen Schiffer/Beckmann, das sein Programm „Oben ohne“ vorstellte.

Foto: Schälte

## Koalition sieht im Jugendbericht stolze Bilanz – CDU: Selbstkritik kommt zu kurz

*Da die Familie allein eine umfassende Erziehung für die junge Generation offenbar nicht mehr leisten kann, müsse die Politik noch mehr Orientierungshilfen geben. Diesen Schluss zogen Sprecher bei der Plenarberatung zum siebten Kinder- und Jugendbericht am 22. März. Der von der Landesregierung vorgelegte Bericht (Vorlage 12/3096) wurde von den Abgeordneten einstimmig an den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie überwiesen.*

**Familienministerin Birgit Fischer (SPD)** stellte fest, die Gesellschaft des neuen Jahrhunderts eröffne der jungen Generation mehr Möglichkeiten und Freiheiten, gleichzeitig biete sie aber weniger Orientierung; die müsse zum Teil von der Politik geliefert werden. Der Großteil der 3,5 Millionen Kinder in Nordrhein-Westfalen wachse in stabilen sozialen Verhältnissen auf. Das sei angesichts des tiefgreifenden strukturellen Wandels keineswegs selbstverständlich, sondern stelle das Ergebnis einer Politik der sozialen Verantwortung und wirtschaftlichen Vernunft dar. Zwischen 1994 und 1998 sei die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen um sieben Prozent zurückgegangen. Die Jugendarbeitslosigkeit habe man zusammen mit der Bundesregierung um 15 Prozent heruntergebracht, die Zahl der langzeitarbeitslosen Jugendlichen sogar um 40 Prozent. Erstmals seit vielen Jahren sei die Lehrstellenbilanz rechnerisch ausgeglichen. Die Ministerin betonte daneben auch, die neuen Chancen für die Jugendlichen brächten gleichzeitig Risiken mit sich. Die Bedingungen, unter denen Jugendliche heute aufwachsen, seien immer noch sehr unterschiedlich, das schaffe Benachteiligungen. Das Risiko in Armut zu fallen sei in NRW geringer als in anderen Bundesländern. Kinder und Jugendliche, die von der Sozialhilfe leben, seien besonders die von Alleinerziehenden und solche mit einem ausländischen Pass. Ebenso sei der Zugang zu den Zukunftstechnologien sozial gefiltert. So verfügten zwar 68 Prozent der Eltern von Gymnasiasten, aber nur 36 Prozent der Eltern von Hauptschülern über einen Heimcomputer. Auch und besonders Mädchen profitierten von den neuen Chancen noch zu wenig. Sie erreichten zwar durchschnittlich höhere und bessere Bildungsabschlüsse als Jungen; über 50 Prozent der unvermittelten Bewerber um einen Ausbildungsplatz seien aber weiblich. Dies liege vor allem daran, dass 80 Prozent der weiblichen Auszubildenden sich für 25 Berufe entschieden. Mädchen fänden vor allem zu den wichtigen Berufen der Informations- und Kommunikationstechnologien noch keinen rechten Zugang. Vor diesem Hintergrund habe die Jugendpolitik vorrangig die Aufgabe, die Bedingungen des Aufwachsens so zu gestalten, dass alle jungen Menschen ihre Zukunftschancen wahrnehmen könnten. Dafür müsse Chancengleichheit hergestellt und Benachteiligungen ausgeglichen sowie Beteiligungsmöglichkeiten bei der Gestaltung gesellschaftlicher Veränderungen ausgebaut werden. Die Ministerin strich die zwei Milliarden Mark heraus, mit denen das Land Träger, Einrichtungen und Angebote jährlich fördere. Ihr besonderes Augenmerk richtete sie auf die Erfüllung des Rechtsanspruchs

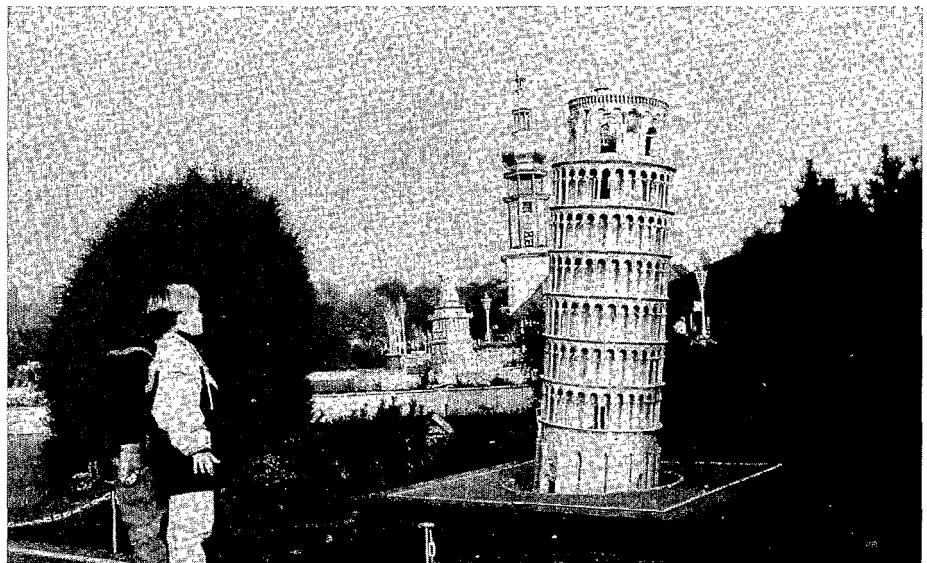
auf einen Kindergartenplatz und den Ausbau von Ganztagsangeboten. Denn der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Politik werde als Ergänzung und Unterstützung der Familien immer wichtiger. Man dürfe vor allem nicht zulassen, dass die Armutsschere sich weiter öffne und soziale Benachteiligung sich vererbe. Gerade deshalb bräuchten Kinder und Jugendliche Angebote, die Benachteiligung abbaue und familiäre Strukturen ergänze.

**Bernd Flessenkemper (SPD)** stellte fest, dass die Schlüsselqualifikationen junger Leute im versierten Umgang mit den neuen Medien bestünden. Dies müsse in den Strukturen und Leistungsangeboten der Kinder- und Jugendhilfe stärker berücksichtigt werden. Außerdem seien deren Angebote alters- und geschlechtsspezifisch neu auszdifferenzieren. Der Abgeordnete wies besonders darauf hin, dass die öffentlich organisierte Erziehung Überforderungen der Familie ausgleichen müsse, gerade weil die klassische Familienstruktur immer seltener wird und berufstätige Eltern die Hilfe des Staates benötigen. Dabei komme den Ganztagsangeboten eine zentrale Bedeutung zu. Flessenkemper hob die erfolgreiche Bilanz der Landesregierung hervor: das Land habe in den letzten Jahren über 170 000 neue Kindergartenplätze geschaffen. Dies bedeute einen Platz für jedes Kind in NRW. Damit würden gleichzeitig 52 000 Arbeitsplätze in Kindergärten und Tagesstätten geschaffen. In Zukunft werde man zusätzlich zu den Horten Schülergruppen in Jugendeinrichtungen, Schulen und Tagesstätten einrichten; damit werde eine qualifizierte Ganztagsbetreuung realisiert werden können. Die Landesregierung habe außerdem ihr Versprechen gehalten, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Erstmals gebe es hier mehr Stellen als nachfragende Jugendliche.

**Thomas Mahlberg (CDU)** bemängelte, dieser siebte Jugendbericht („mehr oder weni-

ger eine Kopie des sechsten“) sei nicht vorurteils- und ideologiefrei. Das zuständige Ministerium übe zu wenig Kritik an den eigenen Ergebnissen. Er erinnerte daran, dass schon 1995 in den Beratungen zum sechsten Jugendbericht viele Stimmen laut wurden, die eine externe Expertenkommission verlangten. Die sei aber für die Objektivität des Berichts unerlässlich. Rot-Grün habe die Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten aus finanziellen Gründen so weit beschnitten, dass damit neue Benachteiligungen für die Kinder entstanden seien. Gleichzeitig steige die Nachfrage an Plätzen für unter Drei- und über Sechsjährige ständig. Die Kommunen aber könnten wegen der Rotstiftpolitik der Landesregierung auf diesen Bedarf kaum reagieren. Mahlberg kritisierte außerdem die Suchtprophylaxe, die im Lande ein beliebtes Sparobjekt sei. Zu den vielen Modellprojekten von SPD und GRÜNEN bemerkte er, da würden womöglich Erwartungen geweckt, die die Landesregierung wegen fehlender Mittel nicht erfüllen könne.

**Ute Koczy (GRÜNE)** hielt dagegen, die Landesregierung habe sich mit der Reform des Landesjugendplanes den Herausforderungen gestellt. Sie bemängelte, den Autoren des Berichts habe der Mut zu kritischen Tönen und provokanten Fragen gefehlt. Koczy merkte an, die Situation von jungen Mädchen und Frauen hätte ebenfalls berücksichtigt werden müssen, genau wie die lesbische und schwule Jugendlicher. Der Landesregierung attestierte sie, es sei ihr Anliegen, zugewanderten jungen Menschen gleiche Chancen zu ermöglichen. Für Kindertagesstätten seien mehr qualifizierte Erzieher zu gewinnen, um die Sprachkompetenz im Elementarbereich zu fördern. Zu Fremdenfeindlichkeit und Gewalt meinte sie, Gewalt gegen Kinder, Gewalt zwischen Jugendlichen, sexualisierte Gewalt und Gewalt gegen Ausländer seien Themen mit hohem Aufmerksamkeitsgrad. Doch man dürfe sich von „aufgemotzten“ Berichten nicht ins Bockshorn jagen lassen. Sie wolle keinesfalls die vorhandene Problematik herunterspielen, aber im Interesse der Kinder und Jugendlichen müsse die Relation gewahrt bleiben.



*Kinder und Jugendliche brauchen Hilfe und Unterstützung durch Elternhaus und Gesellschaft, damit sie zu einem aufrechten Mitglied der Gesellschaft heranwachsen können. Schief lagen wie beim Modell des Turms zu Pisa im Hintergrund, das im inzwischen aufgelösten Minidom in Breitscheid gestanden hat, sollten rechtzeitig erkannt und korrigiert werden.*

Foto: Archiv

## „Interkulturelle Kompetenz ist Schlüsselqualifikation in unserer Gesellschaft“

Der Landtag hat den Antrag „Interkulturelle Bildung und Erziehung in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 12/4767) der Fraktionen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN nach Beratung im Plenum an den Ausschuss für Migrationsangelegenheiten überwiesen.

**Vera Dedanwala** (SPD) betonte, die Landesregierung habe in den letzten Jahren ihr Augenmerk auf Bildung und Ausbildung der Migrantenkinder gelegt. Da mehr als 20 Prozent der Schüler im Lande eine andere Herkunftssprache als die deutsche sprächen, seien Schulen aller Art betroffen. Die Muttersprache der Kinder müsse gepflegt werden, damit sie stolz auf ihre Herkunft sein könnten. Genauso viel Wert solle auf das Erlernen der deutschen Sprache gelegt werden. Denn es sei völlig klar, dass Schulabschlüsse in Deutschland nur dann erreicht werden könnten, wenn die Kinder die deutsche Sprache in Grammatik und Schrift perfekt beherrschten. Die SPD-Fraktion wolle im Gegensatz zur CDU, die den muttersprachlichen Unterricht ganz abzuschaffen gedenke, beide Sprachen gleichermaßen fördern. Dabei müssten vor allem auch die Eltern mit einbezogen werden.

**Christiane Bainski** (GRÜNE) forderte, die Lebenswirklichkeit der ethnischen Minderheiten müsse sich in den Lehrmitteln angemessen widerspiegeln und die Unterrichtsinhalte prägen. „Rassismen gehören auf den Müll“, meinte die Abgeordnete. Interkulturelle Kompetenz, das sei die Fähigkeit, in einem sprachlich und kulturell bunt zusammengesetzten Umfeld handlungsfähig zu sein. Bainski betonte, dass vor allem Lehrkräfte mit der Kompetenz für Deutsch als Zweitsprache und mehr Migranten als Lehrer gebraucht würden. Sie plädierte für Mehrsprachigkeit sowohl für die Kinder der deutschen Mehrheit als auch für die der ethnischen Minderheiten. Dazu gehörten neben muttersprachlichen Unterricht auch Angebote wie koordinierte Alphabetisierung und bilingueller Unterricht. Sinnvoll sei zudem ein Konzept für das Erlernen von Fremdsprachen für Kinder schon in der Grundschule.

**Dr. Heinz-Jörg Eckhold** (CDU) stellte klar, die Politik müsse mehr als bisher ihr Augenmerk auf die Ausbildung deutscher Sprachkompetenz legen, da sie die wichtigste Voraussetzung für Kommunikation, Integration und erfolgreiche Ausbildung sei. Schon im Vorschulbereich sollte durch besondere Maßnahmen unter Einbeziehung der Mütter, die oft ebenfalls nur unzureichende Deutschkenntnisse besäßen, Sprachförderung angeboten werden. Eckhold warnte jedoch vor einer Überforderung der Schulen durch immer neue Anforderungen und Bildungsaufgaben. Der Weg zur Qualifizierung führe nicht immer über mehr Fächer und Inhalte, sondern es bedürfe in vielen Punkten einer neuen Konzentration. Zudem bemerkte er, dass die CDU nicht die Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts fordere, sondern seine Strukturen neu überdenken wolle. Die CDU werde den Antrag ablehnen.

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) stellte klar, gut zehn Prozent der Menschen in NRW hätten eine andere kulturelle und ethnische Tradition als die Mehrheit. Die Poli-

tik sei daher gefordert, in dieses „kulturelle Kapital“ erhebliche Personal- und Geldmittel zu investieren. Die Schulabschlussquoten der Migrantenkinder hätten sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, aber man müsse weiterhin Mehrsprachigkeit fördern und in gleicher Weise sicherstellen, dass die Beherrschung der deutschen Sprache für alle zur Selbstverständlichkeit werde.

**Willi Zylajew** (CDU) warf der Ministerin vor, sie verkenne die Realität in den Schulen; darum könne die CDU die so positiv dargestellte Bilanz der Landesregierung nicht akzeptieren. Die SPD wolle interkulturelle Bildung und Erziehung von oben festschreiben, das funktioniere nicht. Man brauche vielmehr

gute pädagogische Konzepte, ausreichend viele Lehrkräfte sowie Geld und Zeit für Fort- und Weiterbildung. Wenn nicht einmal 30 Prozent der Kinder muttersprachlichen Unterricht erhielten, zeige sich damit, dass die bisherigen Bemühungen der Politik nicht ausreichten.

**Vera Dedanwala** (SPD) erklärte die mageren 30 Prozent Teilnahmequote damit, dass muttersprachlicher Unterricht kein Pflichtunterricht sei, sondern freiwillig. Außerdem gebe es in einer Hauptschulklasse manchmal sieben oder acht verschiedene Nationalitäten. Es sei darum außerordentlich schwierig, für alle diese Kinder den muttersprachlichen Unterricht anzubieten.

### „Bürger wollen Gerechtigkeit bei Abwassergebühren“

„Für eine bessere Abwasserpolitik in NRW: Schutzstandards erhalten, Gebühren senken, Akzeptanz erhöhen“ — dies der Titel eines Antrags der CDU-Fraktion (Drs. 12/4744), den der Landtag Ende vergangenen Monats in direkter Abstimmung ablehnte. Angenommen wurde der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 12/4812).

**Clemens Pick** (CDU) kritisierte die Steigerung des durchschnittlichen Abwasserpreises im Land von 4,33 (1994) auf 5,12 Mark im Jahr 1999. Diese Entwicklung überlaste die Wirtschaft, stelle für Bürgerinnen und Bürger „Vermögensentzug“ dar und beeinträchtige erheblich die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe. Dabei gebe es überhöhte Abwassergebühren, für die es eine Entlastung geben müsse, etwa in der Eifelgemeinde Hellenthal, wo ein Vier-Personen-Haushalt im Jahr 2300 Mark zahlen müsse, im münsterländischen Havixbeck seien es dagegen nur 400 Mark. Diese Belastungen seien hausgemacht, betonte Pick und nannte Abwasserabgabe, Ökosteuer, Abfallwirtschaftskonzepte und Klärschlammverbrennung. In der Gebührenpolitik der Abwasserbeseitigung müsse es endlich vorangehen.

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) warf der CDU vor, ihr gehe es in Wirklichkeit um eine Senkung der ökologischen Standards. Aber: „Da werden Sie auf Granit beißen.“ Die Landesregierung könne nicht für Entscheidungen auf kommunaler Ebene verantwortlich gemacht werden. Das Gebot der Stunde sei es vielmehr, „die erfolgreiche ökologische und nachhaltige Wasserpolitik in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen“. Die Abwasserbehandlung hierzulande befinde sich auf europäischem Spitzenniveau. Es stimme auch nicht, dass der ländliche Raum bei der Förderung vernachlässigt worden sei: Er habe genau 50 Prozent der Mittel für ökologische Wasserpolitik erhalten. Es gebe keinen Grund, dem Antrag zuzustimmen.

**Johannes Rimmel** (GRÜNE) nannte den

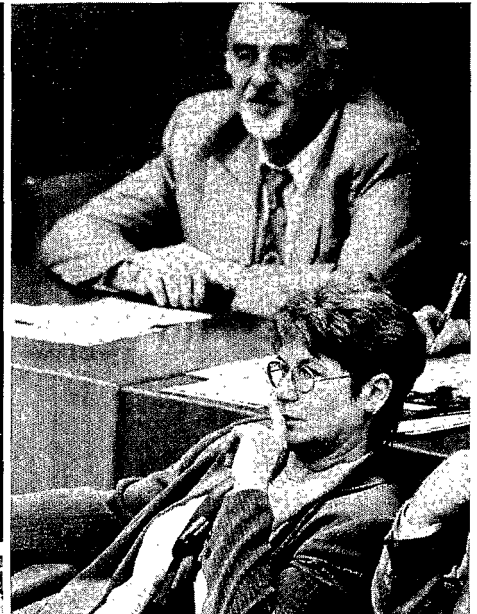
Antrag „etwas krude“: Da werde heillos durcheinandergerührt, „da werden Ebenen verwechselt, da werden Gesetze und Dingen durcheinandergebracht, die wenig miteinander zu tun haben“. Man sei stolz darauf, dass NRW in der Wasserpolitik im europäischen Kontext Standards gesetzt habe. Die Abwasserabgabe sei ein wichtiges Instrument, um diese Standards zu halten und zu fördern. Für die Koalitionsfraktionen beschränke sich Wasserpolitik nicht auf das Feld Abwasser; gewollt sei insgesamt „eine Verbesserung der Gewässer, eine gute Trinkwasserqualität, ein modernes und ökologisch nachhaltiges Abwasserbeseitigungssystem“.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) betonte, Städte und Gemeinden seien bisher bei den Förderungsmaßnahmen gleich behandelt worden; einige ländliche Gemeinden hätten aber falsch investiert. Nur weil einige Gemeinden ein Problem hätten, könne man nicht die gesamte Abwasserpolitik des Landes verändern, schon gar nicht dadurch, dass die Standards auf Landesebene abgesenkt würden oder die Abwasserabgabe abgeschafft werde. NRW liege bei seiner durchschnittlichen Abwassergebühr von 4,57 Mark auf Bundesniveau (4,40 Mark). Höhn: „Nun kann man darüber streiten, ob diese 17 Pfennig das große Problem sind.“

**Hans Peter Lindlar** (CDU) konterte: „Es geht nicht darum, Umweltstandards zu senken, sondern es geht darum, für die Menschen in der Eifel und im Bergischen Land, die zehn, elf, zwölf, 13 oder gar 15 Mark für den Kubikmeter Schmutzwasser bezahlen müssen, gerechte Verhältnisse herbeizuführen.“ Es sei und bleibe eine Ungerechtigkeit, dass die Bürger in der Eifel und im Bergischen das bis zu Sechsfache der durchschnittlich nordrhein-westfälischen Abwassergebühr zu zahlen hätten. Das werde von den Betroffenen als unfair im Vergleich zu den anderen Landesteilen empfunden.

**Dr. Bernhard Kasperek** (SPD) nannte es „verwerflich und einen Skandal“, den ländlichen Raum gegen Ballungsgebiete auszuspielen. Mit dem „großen Rundumschlag“ sei nichts getan; man müsse sich schon der Mühe unterziehen, „Einzelaspekte zu untersuchen und individuelle Lösungsansätze zu finden“.





Während Plenarsitzungen, festgehalten im Bild: von rechts die SPD-Abgeordneten Manfred Lucas und Vera Dedanwala (Bild 1), Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) und Landtagspräsident Ulrich Schmidt (Bild 2) sowie die CDU-Abgeordneten Rolf Seel, Winfried Schittges und Georg Gregull (Bild 3 von oben). Fotos: Schälte

## Landesplanungsgesetz

### Fragen nach Fachaufsicht über Braunkohlenausschuss

Um die Fachaufsicht über den Braunkohlenausschuss ging es bei der Beratung eines CDU-Gesetzesentwurfes. Der Entwurf wurde entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung mit Koalitionsmehrheit in zweiter Lesung abgelehnt (Drs. 12/3882 und 4775).

**Hans Krings** (SPD) sagte, das Landesplanungsgesetz sei zwar gelegentlich überarbeitet worden, aber die Bestimmungen zum Braunkohlenausschuss bestünden so materiell seit etwa 50 Jahren. In diesen 50 Jahren sei daraus bislang kein Schaden

entstanden. Deshalb habe man auch die Absicht, diese Inhalte unverändert in das zukünftige Zweite Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung, und zwar bei den Befugnissen des Regionalrates, zu übertragen. Weitere Änderungen seien nach SPD-Auffassung nicht erforderlich.

**Hans Peter Lindlar** (CDU) wies darauf hin, der Braunkohlenausschuss solle – so die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf – rechts- und fachaufsichtlich dem Ministerium für Umweltschutz unterstellt werden. Was dabei im Hintergrund eine Rolle spiele, sei die Tatsache, dass mit dieser Rechtsprechung die Ministerin, die ja bekanntlich Garzweiler II mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern wolle, die Rechtsaufsicht und die Fachaufsicht über den Braunkohlenausschuss bekommen solle. Lindlar betonte, dass das nicht der Sinn des Gesetzgebers gewesen

sein könne, als er den Braunkohlenausschuss damals gegründet habe.

**Fred Josef Hansen** (GRÜNE) sagte, das Fossil Braunkohlenausschuss müsste eigentlich abgeschafft werden, denn es stehe im Widerspruch zu den von den GRÜNEN geforderten effizienten und bürgernahen Strukturen. Die Verfahrensangelegenheiten dieser Branche sollten daher im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform stärker in die im Gegensatz zum Braunkohlenausschuss demokratisch legitimierten Regionalräte gelegt werden.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) erklärte, sie wolle sich dem anschließen, was der Kollege Krings inhaltlich gesagt habe. Selbst wenn man ein Anliegen mit Sympathie verfolge, dürfe man sich nicht einfach über die Rechtsprechung hinwegsetzen. „Das versuchen Sie von der CDU aber“, folgte die Ministerin.



Momentaufnahmen im Plenum: v.l. Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Otti Hüls (CDU) sowie Gabriele Gorcitzka und Klaus Strehl (beide SPD).

Fotos: Schälte

## Große Anfrage und Antwort zu Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

# Vertrauen zur heimischen Landwirtschaft stärken

*Die Förderung des ökologischen Landbaus ist eines der Anliegen, die die Landesregierung in ihrer Antwort auf die große Anfrage (Drs. 12/4684) der SPD-Fraktion zur Verbesserung des Verbraucherschutzes formulierte.*

**Irmgard Schmid** (SPD) stellte die Frage, warum die Antwort der letzten großen Anfrage der SPD zum Thema Verbraucherschutz ziemlich genau ein Jahr in Anspruch genommen habe, wenn im Land praktisch alles gut gelöst sei. Sie begrüßte zwar das Sonderprogramm „Verbraucherschutz“ der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Bärbel Höhn, stellte aber klar, dass es hier weiteren Handlungsbedarf gebe. Verbraucherinnen und Verbraucher müssten sicher sein, dass Nahrungsmittel aus konventionellem oder ökologischem Anbau unbedenklich verzehrt werden könnten. In Zukunft müsse es auch darum gehen, Informationen zu Herkunft und Qualität von Lebensmitteln zu liefern. Das Vorhaben der Europäischen Union, Deutschland zur Aufhebung des Importverbotes für britisches Rindfleisch zu zwingen, bezeichnete die Abgeordnete als „Schwachsinn“. Auch die Privatisierung der Lebensmittelüberwachung, wie dies die CDU-Fraktion begrüße, stehe für sie und ihre Fraktion nicht zur Debatte. Hinsichtlich der Gentechnologie forderte sie eine umfassende und für jedermann verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln, sodass der Verbraucher selbst entscheiden könne, was er kaufe.

**Marie-Luise Fasse** (CDU) merkte an, dass dem Verbraucher heute europaweit nur die Kennzeichnung auf den Verpackungen als Produktinformation bliebe. Da diese aber meist komplex und schwer verständlich sei und zudem überhaupt keine umfassende Kennzeichnungspflicht bestehe, sei hier kein ausreichender Verbraucherschutz gewährleistet. Außerdem kritisierte Frau Fasse den Widerspruch in der letzten Antwort der Regierung zu diesem Thema. Einerseits wolle man Kompetenz und Leistungskraft der Untersuchungsämter trotz knapper Finanzmittel erhalten. Andererseits erforderten die Sparzwänge in den öffentlichen Haushalten die Rationalisierung der Lebensmittelüberwachung. Zu bemängeln sei auch, dass, anstatt langfristige Konzepte zu liefern, zusätzliche Haushaltsmittel nur für eine begrenzte Zeit freigesetzt würden. Bei der Verbraucherzentrale in NRW würde ebenfalls die „Verschlankungsmühle“ gedreht, obwohl mehr Geld und Personal benötigt würden. Jedoch stimmte die Abgeordnete der Forderung der Landesregierung zu, antibiotische Stoffe als Futtermittelzusatz europaweit zu verbieten. Zum Schluss erklärte sie, dass die CDU-Fraktion einen Einsatz der Bio- und Gentechnik befürworte, weil sie eine der wichtigsten und für die Menschheit Gewinn bringende Entwicklung der Zukunft sei. Das von den Koalitionspartnern beschlossene grundsätzliche Verbot gentechnisch-veränderter Lebensmittel auf EU-Ebene hielt sie für eine politisch kurzsichtige Entscheidung.

**Siegfried Martsch** (GRÜNE) entgegnete, dass genetisch veränderte Lebensmittel die

Menschen genauso verunsicherten wie Skandale um BSE, Dioxine in belgischen Lebensmitteln oder Mastbeschleuniger im Kalbfleisch. Als Beispiele für Maßnahmen der Landesregierung nannte er die Förderung der Ernährungsberatung sowie den Einsatz für die EU-weite Kennzeichnung von Lebensmitteln. Dem Einsatz von Antibiotika in der europäischen Tiermast erklärte er eine klare Absage, auch wenn das einen deutschen Alleingang bedeute. Zudem bemerkte Herr Martsch hinsichtlich des Sonderprogramms, dass ein Schwerpunkt des Verbraucherschutzes in der Überprüfung von Lebensmitteln auf Dioxine, Viren, toxische Stoffe und genetische Veränderungen läge.

**Umweltministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) antwortete auf die Ausgangsfrage der SPD-Abgeordneten Schmid, warum die Bearbeitung der letzten Anfrage so lange gedauert hätte, mit dem Verweis auf die vielen Lebensmittelskandale des vergangenen Jahres. Die neuesten Entwicklungen in diesen Fällen hätten immer wieder in die Antwort mit eingearbeitet werden müssen. Bei all diesen Skandalen wäre den Überwachungsbehörden immer wieder vorgeworfen worden, diese hätten zu spät, nicht sachgerecht und nicht ausreichend gehandelt. Doch die meisten Verbraucher wüssten gar nicht, dass die Wirtschaft in diesem Bereich selbst dafür zu sorgen habe, dass die Lebensmittel gesundheitlich unbedenklich seien. Die Aufgabe der Lebensmittelbehörde dagegen sei lediglich die Kontrolle dieser Eigenkontrolle. Im Zuge ihres Sonderprogramms sei ein Hauptpunkt die Überprüfung der Futtermittelherstellung. Nicht nur hier wolle man die Einführung einer umfassenden Prozesskontrolle forcieren, und zwar vom landwirtschaftlichen Betrieb über verschiedene Produktionsprozesse bis hin zur Ladentheke. Eine unabhängige europäische Lebensmittelbehörde, die 2002 eingerichtet werden solle, könnte weltweit vorhandene Erkenntnisse zur Lebensmittelproduktion und -überwachung sammeln und weiterleiten. Die Behörde dürfe aber keine exekutiven Aufgaben übernehmen, da diese weiterhin den Überwachungsbehörden vor Ort zukämen. Frau Höhn stellte allerdings klar, dass Lebensmittelskandale trotz all dieser Maßnahmen auch in Zukunft nicht ganz auszuschließen seien.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) merkte an, dass sich die CDU-Fraktion nicht für eine Privatisierung der Lebensmittelüberwachung ausgesprochen, sondern angeregt habe, Modellversuche in dieser Richtung durchzuführen, wie dies auch schon in Rheinland-Pfalz und Bayern geschehen sei. Dieser Antrag sei aber leider abgelehnt worden. Herr Uhlenberg kritisierte im weiteren die Broschüre „Live dabei im 21. Jahrhundert – Alles möglich: Zukunft Agenda 21!“, in der sich die Landesregierung auch zu Themen der Landwirtschaft äußere. Dort heiße es, dass die heutige Landwirtschaft schadstoffbelastete Nahrungsmittel erzeuge, das Grundwasser belastete, Bodenerosionen verursache und für das Aussterben von Pflanzen- und Tierarten verantwortlich sei. Damit diffamiere die Landesregierung den gesamten landwirtschaftlichen Berufsstand.

**Ministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) warf daraufhin dem CDU-Abgeordneten vor, nicht aus der Broschüre, sondern aus einem dort abgedruckten Artikel des „Wochenblatts“ zitiert zu haben. Sie sei für diesen Artikel aber nicht verantwortlich und das, was dort stünde, sei nicht mit dem Inhalt der Broschüre identisch.

**Friedrich Schepsmeier** (SPD) wies darauf hin, dass die Landesregierung nicht nur stark von europäischen Rahmenbedingungen abhängig sei, sondern diese auch beeinflussen könne. Im Sinne der Verbraucher müsse man dort Maßnahmen ergreifen, die das Vertrauen der Menschen in die heimische Landwirtschaft und ihre Produkte stärken.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) kam nochmal auf die Broschüre der Landesregierung zurück, die seiner Meinung nach nicht die Wirklichkeit der 60 000 landwirtschaftlichen Betriebe in NRW beschreibe. Diese arbeiteten im Einklang mit Natur und Landwirtschaft und trügen dazu bei, dass die Kulturlandschaft in NRW erhalten bliebe und sich weiterentwickle.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE) verteidigte sich dahingehend, dass es tatsächlich Probleme mit dem Eintrag von Schadstoffen durch die Landwirtschaft gebe. Man hätte Wasserkoooperationen nur eingerichtet, weil wirklich Pflanzenschutzmittel im Wasser gefunden worden seien. Auch dies sei der Grund, dass die Landesregierung den ökologischen Landbau fördere, der Einträge dieser Art nicht aufweise. Man wolle vorbeugend tätig werden und diese Einträge von vornherein verhindern.

**Fred Josef Hansen** (GRÜNE) mahnte an, dass man nicht so tun könne, als hätten Belastungen, die man Luft und Böden zumute, keinen Einfluss auf die Biosphäre.

**Eckhard Uhlenberg** (CDU) bemerkte, dass es um den integrierten Ansatz einer leistungsfähigen Landwirtschaft gehe. Die Betriebe würden in den nächsten Jahren größer, wozu besonders der technische und biologische Fortschritt beitrage. Landwirte könnten nicht existieren, wenn sie diesen Fortschritt nicht nutzten. Daher bildeten umweltfreundliche und technisch orientierte Landwirtschaft keinen Gegensatz, sondern bedingten einander. In den vergangenen zehn Jahren sei beispielsweise ein Rückgang der Phosphatdüngung um immerhin 60%, der Stickstoffdüngung um 25% sowie des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln um 30% festzustellen. Dazu trage dieser integrierte Ansatz in NRW bei.

**Bärbel Höhn** (GRÜNE) stellte zum Schluss klar, dass eben diese Initiativen bewiesen, dass es immer noch Handlungsbedarf gebe. Denn wenn die Landwirtschaft keine Probleme hätte, bräuchte man sich auch um keine Lösungen zu kümmern. Frau Höhn möchte weiterhin den ökologischen Landbau fördern und die Einträge der konventionellen Landwirtschaft minimieren. Die Probleme, die in der Broschüre beschrieben würden, sollten mit diesen Maßnahmen gelöst werden.

## **Stärkung der wichtigen Arbeit der Hauptschulen stand im Mittelpunkt**

### **Forderung nach Personal und Fragen nach den Kosten**

In einem Punkt waren sich alle Fraktionen einig: Die Hauptschule leiste eine wichtige Arbeit in NRW. Wie diese Arbeit in Zukunft effektiver unterstützt und gestaltet werden könnte, diese Frage bescherte dem Plenum hingegen Streit. „Der Hauptschule endlich bessere Chancen geben“ – so hieß der Antrag der CDU-Fraktion, den das Parlament mehrheitlich ablehnte (Drs. 12/4745). Stattdessen stimmte die Überzahl der Parlamentarier dem Entschließungsantrag „Arbeiten und Lernen an den Hauptschulen unterstützen und weiterentwickeln“ der GRÜNEN zu (Drs. 12/4808).

**Marie-Theres Ley** (CDU) beklagte, die Landesregierung habe die Hauptschulen bislang stets wie ein Stiefkind behandelt. Nach Ansicht der CDU-Fraktion müssten Hauptschulen so gestaltet sein, dass sie jungen Menschen eine Chance zur Selbstständigkeit, zur Identitätsfindung, zur persönlichen Stärkung und zur Vorbereitung auf ein individuelles Berufsleben gibt. Dafür müsse man akzeptieren, dass Kinder unterschiedliche Begabungen haben. Unterschiedliche Schulformen mit jeweils eigener Ausrichtung seien daher unerlässlich. Für die Hauptschulen bedeute das: Ein größerer praktischer Bezug zum beruflichen Leben müsse hergestellt werden. Hauptschulen und Betriebe müssten dafür zusammenarbeiten. Die Profilierung der Hauptschule könne daher lauten, berufs- und weltoffen zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, sei es notwendig, die Rahmenbedingungen für die Hauptschulen zu verbessern. Und das bedeute vor allem: Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte.

**Hans Frey** (SPD) mochte seinem Kollegen im Ansatz gar nicht widersprechen: Die CDU stelle nämlich etwas fest, was niemand bestreitet. Ein Beispiel: „Im Zentrum der Zukunftssicherung der Hauptschule steht die optimale Förderung ihrer Schüler“, heiße es im CDU-Antrag. „Zum Kuckuck“, entfuhr es Frey, was solle denn auch anderes im Zentrum verantwortungsvoller Schulpolitik stehen? Das Papier der Christdemokraten sei daher voller Leerformeln. Und 95 Prozent dessen, was die CDU fordert, sei schon heute Realität. Das gelte vor allem für die Forderung nach Personal: An Hauptschulen bestehe neben den Sonderschulen mit 1:13,5 das beste Lehrer-Schüler Verhältnis. Mehr Stellen in den Schulen zu fordern, sei außerdem zu pauschal. Wofür? Wie viele? Wo und wie teuer? Das seien entscheidende Fragen, die die CDU nicht beantworte. Und wenn man sich den Personalbestand an den Hauptschulen ansehe, könne man feststellen, dass das, was die CDU fordere, in der Personalausstattung schon längst verwirklicht sei.

**Brigitte Schumann** (GRÜNE) schlug in dieselbe Kerbe und bemängelte, dass die CDU fordere, was es längst gebe. Der Antrag der CDU sei ein „reines bildungspolitisches Schaulaufen“. Denn das meiste von dem, was die CDU jetzt fordere, sei schon verwirklicht oder begonnen worden. Daher offenbare sich bei den Christdemokraten eine „offensichtliche Unkenntnis über die

bildungspolitische Entwicklung in NRW“. Die Kooperation der Schulen mit Betrieben sei längst verwirklicht. Auch die geforderte Stellenzahl-Erhöhung sei Realität: Von 1000 im Haushalt 2000 vorgesehenen neuen Lehrerstellen entfallen fast ein Drittel an die Hauptschulen. Außerdem habe das Zeitbudget für Lehrer eine Verbesserung der Stellsituation, gerade an den Hauptschulen gebracht. Ein eigener Entschließungsantrag der GRÜNEN mit dem Namen „Arbeiten und Lernen an der Hauptschule unterstützen und weiterentwickeln“ habe hingegen vor allem die Ziele, das Betreuungsangebot standortgerecht zu entwickeln, die Richtlinien für interkulturelles Lernen zu optimieren, Konzepte für schulmüde Jugendliche zu schaffen und die Migrantenkinder bei der Sprachschulung im Deutschen zu fördern.

### **Partnerschaften**

**Schulministerin Gabriele Behler** (SPD) begrüßte die Absicht der Opposition, die Bedingungen für die Hauptschulen weiterhin zu verbessern. Die Forderungen der CDU seien aber überholt. Der Antrag der CDU lasse den Sinn für „pädagogische, organisatorische und rechtliche Realitäten vermissen“. Denn die geforderten Partnerschaften zwischen Hauptschulen, Betrieben und Berufskollegs bestünden bereits, und Landesprogramme wie „Schule NRW 2000 plus“, „13 plus“ und die Zeitbudget-Regelung kämen den Hauptschulen im Personalbereich zugute. Dass die CDU diese Initiativen nicht bemerkt habe, beweise,

dass „Hinterherhecheln hinter bildungspolitischen Entwicklungen zu Ihrem Markenzeichen“ geworden sei.

**Bernhard Recker** (CDU) sagte, er sei „mit Leidenschaft Hauptschul-Fan“ und forderte, dass die Hauptschulen entsprechende Rahmenbedingungen für ihre Arbeit geboten bekämen. Ziel müsse es sein, einen inhaltlich qualifizierten Hauptschulabschluss anbieten zu können, der auf den Beruf vorbereite. Das von der Ministerin angesprochene Initiativprogramm „13 plus“ der Landesregierung sei lediglich medienwirksam für die Wahlkampfzeit ins Leben gerufen worden.

**Manfred Degen** (SPD) gab den Wahlkampf-Vorwurf postwendend zurück: Der CDU ginge es mit ihrem Antrag nämlich gar nicht um die Hauptschulen. Den Christdemokraten gehe es selbst lediglich um ein positives Image im Wahlkampf. Daher benutze die CDU die Hauptschulen lediglich, ohne ihnen wirklich helfen zu wollen. Die Forderungen der CDU seien nicht sinnvoll oder aber schon längst verwirklicht.

**Ministerin Gabriele Behler** (SPD) wies auf die Schulrealität im Land hin und erinnerte an einen Wettbewerb über die Qualität schulischer Arbeit im vergangenen Jahr: Die Hauptschule in Wermelskirchen habe dabei gewonnen, weil sie einen modernen und ergebnisorientierten Unterricht anbiete und zudem mit selbstbewussten Schülern und engagierten Lehrern zu tun habe. Solch eine Wirklichkeit sei überzeugender als eine realitätsferne Debatte, wie die CDU sie führen wolle.



Architektur des Landtags: Blick auf den Aufgang zur Wandelhalle.

Foto: Schälte

## Abgeordnete fragen, Minister antworten

### Fördermittel für Wind- und Solarstrom sollen gedeckelt und Anreize für Stromerzeugung aus Biomasse verstärkt werden

Auf die Frage des Abgeordneten **Werner Bischoff (SPD)** „Auswirkungen des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf das Land NRW“ antwortete in der Fragestunde vom 22. März Wirtschaftsminister **Ernst Schwanhold (SPD)**. Bischoff wollte wissen, wie die Landesregierung vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Stromeinspeisegesetz den Ausbau der regenerativen Energien in NRW durch das EEG beurteile.

Minister **Ernst Schwanhold (SPD)** erläuterte, das neue Bonner Gesetz trete an die Stelle des geltenden Stromeinspeisegesetzes, behalte aber das bisherige System von Abnahme- und Vergütungsverpflichtungen der Netzbetreiber bei. Das neue Gesetz sei ein richtiger Ansatz, um dem Ziel näher zu kommen, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2010 zu verdoppeln. Die Förderung erneuerbarer Energien durch eine maßvolle Belastung der Stromabnehmer zu finanzieren, habe sich bewährt. Bei Windenergie seien die Einspeisevergütungen von 59 000 Mark im Jahr 1990 auf 89 Millionen Mark im Jahr 1998 gestiegen. Damit sei NRW bei der Nutzung der Windenergie auf Platz eins der Binnenländer. Mitnahmeeffekte sollten verhindert werden. Auch Sonnenenergie solle ausgebaut werden. Erstmals werde die

Grubengasnutzung in das neue Stromeinspeiserecht einbezogen. Ferner werde die Vergütung von Strom aus Biomasse neu geregelt und ein Anreiz geschaffen, das hohe Biomassenpotential aus der Landwirtschaft, aus Gartenbau und Forstwirtschaft zu nutzen. Die Sicherung und der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung müssten ebenfalls noch gesetzlich geregelt werden. Die Landesregierung rechne mit erheblichen Neuinvestitionen in allen Bereichen der zusätzlichen Energiegewinnung.

Auf eine Zusatzfrage von **Johannes Remmel (GRÜNE)**, wie sich das neue Gesetz auf Landwirtschaft und Biomassenutzung auswirke, antwortete **Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE)**, durch die Windenergie sei den Landwirten eine zusätzliche Einnahmequelle entstanden. Bei Strom aus Biomasse solle jetzt die Mindestvergütung ab Januar 2002 gesenkt werden. Das sei eine weitere zusätzliche Einnahmequelle. Gülle, Klärschlamm, Bioabfälle ließen noch höhere Strommengen erwarten als die Windkraft. Auf EU-Ebene trete die Förderung verzögert ein, da zunächst der Begriff Biomasse definiert werden müsse. Biomasse müsse von industriell behandelten und schadstoffbelasteten Bio-Gen-Abfallstoffen eindeutig abgegrenzt werden.

Auf die Zusatzfrage von **Bernhard Schommer (CDU)**, warum Solarstrom aus Photovoltaik eine Mark und Solarstrom aus Biomasse 17 bis 20 Pfennige kosteten, antwortete Minister **Schwanhold**, Photovoltaik komme noch nicht kostendeckend auf den Markt. Deshalb sei höhere Förderung notwendig.

**Eckhard Uhlenberg (CDU)** erkundigte sich nach Problemen für kleinere Stadtwerke, die einen Stromanteil von 10 bis 20 Prozent aus regenerativer Energie erzeugten oder in ihr Netz aufnehmen. Minister **Schwanhold** meinte, die Probleme kleinerer Stadtwerke lägen in einem hohen Anteil an Eigenerzeugung bei Problemen beim Wärmeabsatz. Zur Frage von **Werner Bischoff (SPD)**, ob es wirtschaftliche Grenzen bei Strom aus erneuerbaren Energien gebe, nannte er zwei Faktoren, nämlich wenn es in einem überschaubaren Zeitraum nicht gelinge, den Strom zu vergleichbaren Konditionen zu vermarkten und wenn die Belastungen aus der Umlage so hoch würden, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit verloren gehe. Deshalb seien das 100 000-Dächer-Programm gedeckelt und die Förderung zusätzlicher Windanlagen an ausgesuchte Standorte gebunden worden.

### Sechs Prozent-Quote für die Beschäftigung Schwerbehinderter wird in NRW aus unterschiedlichen Gründen nicht erreicht

Den CDU-Antrag „Beschäftigung von Schwerbehinderten im Landesdienst fördern“ (Drs. 12/4766) lehnte die Landtagsmehrheit nach der Aussprache am 22. März ab und nahm die Entschließung von SPD und GRÜNEN „Menschen mit Behinderungen für den Landesdienst werben und integrieren“ (Drs. 12/4809) an. In dem Antrag fordert die CDU ein Bündnis für die Beschäftigung von Schwerbehinderten, das Einstellungs- und Einstiegsmöglichkeiten für Schwerbehinderte sowohl im privaten wie im öffentlichen Sektor verbessern soll. SPD und GRÜNE bitten die Landesregierung, verstärkt für die Einstellung zu werben, Einsatzmöglichkeiten darzustellen, gezielt behinderte Jugendliche anzusprechen und zu prüfen, ob die Zahl von behindertengerechten Arbeitsplätzen erhöht werden kann. Außerdem solle der Ministerpräsident bei seiner Ausbildungstour und in Gesprächen mit der Wirtschaft für das Anliegen werben. Minister **Behrens** wies auf Bereiche im Landesdienst hin, in denen die Beschäftigung von Behinderten schwierig oder sogar unmöglich sei.

**Angelika Gemkow (CDU)** führte aus, die Beschäftigung von behinderten Menschen sei nicht nur gesetzlich vorgeschrieben, sondern auch eine moralische Pflicht. Das Land erfülle die Pflichtquote von sechs Prozent nicht. Die Zahl von Schwerbehinderten im Landesdienst gehe sogar zurück. Es fehlten 3 732 Arbeitsplätze, wofür Strafgebühren von neun Millionen Mark bezahlt werden müssten. Andererseits seien in NRW 52 000 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet. Es müsse mehr Lohnkostenzuschüsse für die Einstellung Behindertener geben, ferner zusätzliche Existenzgründungsdarlehen. Ein Bündnis für die Beschäftigung Schwerbehinderter sei vernünftig. Die Entschließung von SPD und GRÜNE räume erhebliche eigene Versäumnisse im Landesdienst ein.

**Gisela Walsken (SPD)** hielt eine Beschäftigungsquote von 5,4 Prozent für korrekt und warf der Vorrednerin vor, Zusammenhänge aus Wahlkampfgründen übersehen zu haben.

Der Anteil der Schwerbehinderten sei zurückgegangen, was auch in anderen Ländern zu geringeren Quoten geführt habe. In der freien Wirtschaft liege die Beschäftigungsquote bei 3,5 Prozent. Ganz wichtig seien barrierefreies Wohnen, ein Netzwerk für Frauen und

Mädchen, ferner Eingliederungshilfen. Übrigens seien die Schwerbehinderten von der Stellenbesetzungssperre ausgenommen.

**Brigitte Herrmann (GRÜNE)** nannte als weiteren Grund für den Rückgang der Beschäftigung von Behinderten die Verwaltungsreform. In der Landesregierung gebe es Ausreißer nach oben und unten. Die Koalitionsfraktionen hätten wirksame Maßnahmen aufgeführt. In Zeiten knapper Lehrstellen dürfe es keinen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb geben. 18 Schwerbehinderte mit abgeschlossener Qualifizierung in Oberhausen würden komplett in den Landesdienst übernommen. Von Berlin aus solle die Finanzierung von Integrationsfirmen und Arbeitsassistenten verbessert werden.

**Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD)** stimmte zu, die Aufgabe sei außerordentlich wichtig und berichtigte die von der CDU errechneten Ausgleichszahlungen. Im Polizei- und Justizvollzugsdienst könne auf gesundes Personal nicht verzichtet werden. Für den Schuldienst hätten sich unter 16 000 Bewerbern ganze 90 Behinderte beworben, 41 davon seien eingestellt worden. Trotz der Probleme stehe NRW mit fünf Prozent gut da, unter den Flächenländern an der Spitze. Von den Berufsförderungswerken in Düren und Oberhausen sei er begeistert und freue sich über den Aufwand selbst bei schwersten Behinderungen. Für die Betroffenen sei das Förderangebot mit Einstellungsgarantie ein Licht am Ende des Tunnels. Des CDU-Antrags habe es nicht bedurft.

#### Anhörung nach der Wahl

#### Frauengerechte Gesundheitspolitik

Der Ausschuss für Frauenpolitik einigte sich in seiner vorletzten Sitzung am 31. März darauf, in der nächsten Wahlperiode eine Anhörung zum Thema „Frauengerechte Gesundheitspolitik“ durchzuführen. Über den Antrag von SPD und GRÜNEN zum gleichen Thema entscheidet der Ausschuss in seiner letzten Sitzung am 12. April.

**Wilfried Bergerhoff** (SPD) bezeichnete es als zentrales Anliegen, die NRW-Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu unterstützen. Partnerschaftliche Kooperation zwischen großen und kleinen Unternehmen, von Industrie, Dienstleistung, Handel und Verwaltung sei eine Stärke des Wirtschaftsstandorts NRW. Die 680 000 kleinen und mittleren NRW-Unternehmen stellten 75 Prozent der Beschäftigungen und 80 Prozent der Ausbildungsplätze. NRW sei Spitze, aber Gutes könne man noch verbessern. Existenzgründer würden so wie sonst nirgendwo unterstützt. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen sei seit 1995 um 5,9 Prozent gestiegen; die Zahl der Selbständigen um elf Prozent, im Bundesdurchschnitt nur um die Hälfte. Auch bei der Meistergründungsprämie stehe NRW 1998 an der Spitze aller Länder. Mit dem Wagniskapitalfonds sichere das Land jährlich für 100 Millionen Mark Existenzgründungen ab. Die Mittelstandsoffensive des Wirtschaftsministers werde von den Koalitionsfraktionen ausdrücklich begrüßt. Durch verstärkte Serviceorientierung der Verwaltungen würden viele Missverständnisse im Vorfeld ausgeräumt. Die besten Verfahren sollten überall in NRW zu Standards werden. Für Finanzierungsprobleme sollten neue Wege gefunden werden. Die Kooperation zwischen Hochschulen und Mittelstand solle verbessert werden, ebenso der Personaltransfer.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) meinte, kleine und mittlere Unternehmen seien in NRW deutlich unterrepräsentiert. Mit den gewachsenen großen Strukturen habe NRW viele Jahrzehnte gut gelebt. In dieser Wahlperiode seien Neugründungen, vor allem von Frauen, gut auf den Weg gebracht worden. Es gehe aber nicht an, dass immer noch mehr als die Hälfte der Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe regionale Strukturförderung an die Großunternehmen gehe oder dass die WestLB durch ihre Beteiligungspolitik Mittelstandsorientierung wieder zunichte mache. Ein Ideenwettbewerb sei ausgeschlossen. Das begrüßten die GRÜNEN ausdrücklich, da er auf die aktive Beteiligung der Zielgruppe setze. Die Mittelstandsoffensive werde von starken Partnern getragen, der Landesregierung, von den Kommunen, den Kammern, Arbeitgebern und Gewerkschaften. In das Kapitel Verwaltung gehörten auch Transparenz und Verlässlichkeit von Verwaltungsentscheidungen. Bisher ungelöst sei das Problem der Betriebsnachfolgen. Für ausreichenden Wissenstransfer hätten Kleinunternehmen oft nicht genug Personal. Wissenschaft und Wirtschaft sollten besser miteinander vernetzt werden.

**Christian Weisbrich** (CDU) warf Clement vor, Eindruck nur mit Agenturen, Plakaten, Prospekten und Kampagnen zu schinden. Ganze fünf Millionen Mark stünden für die Mittelstandsoffensive zur Verfügung, davon 65 Prozent für Veröffentlichungen und Veranstaltungen. Aufreißerfunktionen würden erfüllt, dann verschwänden Projekte sang- und klanglos in der Versenkung. Nur die Botschaft sei wichtig, nicht das Ergebnis. Wer der Truppe keine Verstärkung schicke, werde den Durchbruch nicht schaffen. Die Unternehmenssteuerreform der Bundesregierung entpuppe sich nach Auffassung des Handwerkstags als Sprengsatz für die Kultur der Selbständigkeit. Die unfaire Besteue-

## Eine „Mittelstandsoffensive NRW“ für kleinere Betriebe im größeren Markt

*Den SPD-/GRÜNE-Antrag „Mittelstandsoffensive NRW, Impulse zur nachhaltigen Verbesserung im Umfeld des Mittelstandes für mehr Beschäftigung und Innovation“ (Drs. 12/4764) und die CDU-Entschließung dazu (Drs. 12/4813) überwies der Landtag nach der Aussprache am 22. März in die Ausschussberatung.*

rung von Veräußerungsgewinnen treibe die Preise in die Höhe und erschwere die Betriebsübergabe an die nächste Generation. Statt Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen weiteten die Stadtwerke jetzt ihre wirtschaftliche Betätigung aus. Die SPD im Bundestag lege sich voll mit dem Handwerk an. Die Landesregierung lasse sich von Großinvestoren und Stadtfürsten wie beim CentRO Oberhausen auf der Nase herumtanzen. Die Haushaltsmittel für Wirtschaftsförderung seien in drei Jahren von 720 auf 440 Millionen Mark zusammengestrichen worden. Es fehle an Aufbruchstimmung in NRW. Die Lücke zwischen Neugründungen und aufgegebenen Unternehmen wachse in NRW. Es fehlten im Vergleich zu Bayern 10 500 Unternehmen und 50 000 Arbeitsplätze. Der Rückgang des Gründungssaldos im ersten Halbjahr 1998 sei ein Signal, dass dem Land die Innovatoren ausgingen. Der Mittelstand müsse vor neuen Bundesgesetzen und vor einer Kostenlawine geschützt werden, sagte Weisbrich und zählte die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes, die Mogelpackung Ökosteuer und das unerträglich komplizierte 630-DM-Gesetz auf Kapitalgesellschaften als Leitbild der Unternehmenssteuerreform seien nicht hinnehmbar. Das Optionsmodell bringe schwerste steuerliche Nachteile.

**Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold** (SPD) dankte dem Mittelstand, der sich den Märkten und der Ausbildung stelle. Das sei eine jeden Tag aufs Neue erbrachte großartige Leistung. Die Überlebensrate der neu gegründeten Unternehmen liege durch Initiativen und intensive Beratung bei über 80 Prozent. Die Mittel dürften nicht dadurch verpuffen, dass Unternehmen wieder kaputtgehen. Mittelstandsgründungen zu finanzieren, sei jetzt Aufgabe der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die abzusichern seien. Bei neuen Technologien sei jetzt Geschwindigkeit wichtiger als Größe.

Für den mittelständischen Handel in den Innenstädten sei wichtig, dass Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche hätten. Die Hochschuldichte in NRW sei zentrale Voraussetzung für den Wissens- und Technologietransfer. Maschinenbau gehe nicht mehr ohne diese. Das seien die neuen strategischen Allianzen. Die Zulieferindustrie der Möbelhersteller habe Arbeitsplätze durch weltweite Verbünde geschaffen. Schwanhold warf der CDU vor, nur einige Unternehmen durch Absenkung des Spitzensteuersatzes entlasten zu wollen, während der Mittelstand einen niedrigeren Eingangsteuersatz oder höhere Freibeträge brauche. Er setze sich im Bundesrat dafür ein, dass auch mittelständische Kapitalgesellschaften mit Erträgen über 300 000 Mark deutlich besser gestellt würden. Denn es dürften keine Arbeitsplätze bei Betriebsübergängen verloren gehen. Junge Existenzgründer sollten bei der Übernahme eines florierenden Betriebs unterstützt werden. Der große Befähigungsnachweis im Handwerk bleibe erhalten. 640 Milliarden Mark für Schwarzarbeit machten ihm Sorge. Auf Beschäftigungspotenziale unterhalb des Meisternachweises dürfe nicht verzichtet werden. Bei personengebundenen Dienstleistungen werde die meiste Schwarzarbeit geleistet. Das liege an Bundesgesetzgebung. Ein großes Problem seien zu wenig mobile Facharbeiter. Als Aushängeschild mittelständischer Unternehmen sollten sie Sprachen und Kulturen lernen, um auf Montage in andere Länder gehen zu können.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) wies auf das Wahlprogramm der GRÜNEN hin und sah mentale Probleme vor allem bei der CDU, die durch die wirtschaftspolitische Landschaft stolpere. „Spin-offs“ sollten jungen Wissenschaftlern Chancen als Unternehmer eröffnen. Den großen Konzentrationen und der Vernichtung tausender Arbeitsplätze schaue die CDU zu.



*Die Wirtschaftspolitiker wollen kleineren Betrieben helfen, sich am Markt zu behaupten, der sich immer schneller verändert und für dauerhafte Überlebenschancen globale Strategien erfordert, v.l. Wilfried Bergerhoff (SPD), Alexandra Landsberg (GRÜNE), Christian Weisbrich (CDU), Minister Ernst Schwanhold (SPD).*

Fotos: Schälte



Die Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ überreichte dem Landtagspräsidenten ihren 400-seitigen Abschlussbericht, v.l. Walter Bieber (SPD), Gerhard Wächter (CDU), Landtagspräsident Ulrich Schmidt (SPD), Vorsitzender Johannes Remmel (GRÜNE). Für den 14. April ist eine Aussprache über den Bericht im Plenum des Landtags vorgesehen.

## Sport auf europäischer Ebene

# Amsterdamer EU-Erklärung muss ergänzt werden

*Vertrag oder nicht? Wie soll im Rahmen der Europäischen Einigung mit dem Sport in den Mitgliedsländern umgegangen werden? Braucht Europa einen Gesetzesartikel, der die Belange des Sports im EU-Vertrag berücksichtigt? Bislang, so die Auskunft der Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Ilse Brusis (SPD) auf die große Anfrage 18 der CDU-Fraktion, seien diese Fragen noch offen (Drs. 12/4806).*

Bedarf sei jedoch vorhanden: Die vom Europäischen Parlament und der Kommission ergriffenen Initiativen sowie Beschlüsse der verschiedenen Ministerräte bewirkten in zahlreichen Politikfeldern, dass in der jüngsten Vergangenheit auch Belange des Sports immer häufiger und zum Teil grundsätzlicher berührt wurden. Hatten die Sportorganisationen noch vor Jahren gefordert, die EU und ihre Institutionen sollten sich aus dem Sport heraushalten, nimmt seit den 90er-Jahren die Einsicht zu: der Sport muss im Europäischen Vertragswerk berücksichtigt werden, damit Körperertüchtigung auch im Rahmen der EU in koordinierten Bahnen möglich sei. In einer „Erklärung zum Sport“ sei 1997 initiiert worden, dass die Gremien der EU bei wichtigen Fragen, die den Sport betreffen, die Sportverbände der Länder anhören sollen. Doch bis dato Fehlzanzeige in Sachen EU-vertraglicher Sport-Regelung. Nichts Neues auch aus Helsinki: Trotz kräftigen Anlaufs hat ein solcher Sportartikel die Hürde Europäischer Rat noch nicht genommen. Entschieden worden ist auf dessen jüngster Zusammenkunft im Dezember 1999 noch nichts. Dort stand der europäische „Bericht zum Sport“ zwar auf der Tagesordnung – das Gipfeltreffen hatte jedoch mit der Osterweiterung der Gemeinschaft schon alle Hände voll zu tun. Verta-

gung war das unsportliche Ergebnis für den Euro-Sport.

Doch aufgeschoben ist ja nicht aufgehoben – der Vertragsregelung in puncto Sport geht auf der Zielgerade noch längst nicht die Puste aus. Barrieren bilden allerdings noch einige Mitgliedsländer. Uneinigkeit besteht da noch immer über die Notwendigkeit einer solchen Regelung. Die deutsche Position dazu hat die Sportministerkonferenz der Bundesländer umrissen: Sie halte es für erforderlich, dass die Amsterdamer EU-Erklärung ergänzt werde. Und zwar so, dass die europäischen Entscheidungsinstanzen verpflichtet werden, den Merkmalen des Sports in Europa Rechnung zu tragen. Nordrhein-Westfalen hat an dieser Forderung maßgeblichen Anteil. Das Land ist nämlich daran interessiert, den Stellenwert des Sportes zu bessern. Und zwar über die deutschen Grenzen hinaus. Sport habe schließlich wichtige Funktionen zu erfüllen: Neben der Gesundheitsförderung stehe vor allem die Identitätsfindung und die soziale Komponente des Sportes im Mittelpunkt. Damit diese Funktionen des Sportes auch in der Vernetzung eines europaweiten Regelwerkes Bestand haben, setzt sich die NRW-Regierung dafür ein, die Rahmenbedingungen des sportlichen Lebens zu erhalten. So müsse die Gemeinnützigkeit der Sportvereine Bestand haben, und die volle Autonomie und Selbstverantwortung der Sport-Organisationen geschützt werden. Die finanzielle Unterstützung der Sportverbände durch das Land geschehe nach dem Subsidiaritätsprinzip. Ein Prinzip, dass die Landesregierung auch im EU-Kontext beibehalten will: Auch im Europäischen Vertragswerk sollte die Subsidiarität von der Kommission nicht verletzt werden.

Was auf der Ebene der Sportminister der Bundesländer funktioniert, hat auf informel-

## Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“

*Gemeinsam mit den Sprechern der Fraktionen Walter Bieber (SPD) und Gerhard Wächter (CDU) überreichte der Vorsitzende der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ Johannes Remmel (GRÜNE) den Abschlussbericht der Kommission an Landtagspräsident Ulrich Schmidt.*

Die Enquetekommission habe die schwierige Aufgabe gehabt, in zweieinhalb Jahren ein Konzept für die zukunftsfähige Gestaltung der Mobilität in NRW zu entwerfen. In Anbetracht der relativ kurzen Zeit, so der Vorsitzende, konnten nicht alle Aspekte des so vielschichtigen Themenfelds in gleicher Tiefe behandelt werden. Die von der Kommission beauftragten Forschungsaufträge böten jedoch eine gute Grundlage, die Ideen zur Umsetzung des empfohlenen Leitbildes der „Nachhaltigen Mobilität“ aufzugreifen und die wissenschaftliche und verkehrspolitische Diskussion fortzuführen. Der Kommission sei es gelungen, einen weitgehend im Konsens verabschiedeten Bericht vorzulegen.

Besonderen Dank sprach der Vorsitzende den Referenten der Fraktionen und den Mitarbeiterinnen der Landtagsverwaltung aus, deren gute Zusammenarbeit es ermöglicht habe, die intensiven Beratungen der Enquetekommission zu Ergebnissen zu führen und den Abschlussbericht fristgerecht vorzulegen.

Die Abgeordneten waren sich einig, dass es für die Arbeit zukünftiger Enquetekommissionen im Landtag Nordrhein-Westfalen hilfreich sei, den parlamentarischen Auftrag schon im Einsetzungsbeschluss deutlicher zu konkretisieren. Dies erleichtere die Schwerpunktsetzung. Ein begrenzter Auftrag könne schneller, gezielter und ausführlicher bearbeitet werden.

len Konferenzen der Sportminister der EU-Staaten eine Parallele gefunden. Zwar gibt es derartige Treffen bislang nur in unregelmäßigen Abständen. Die Bedeutung und Notwendigkeit derartiger Zusammenkünfte habe sich aber bereits 1999 erwiesen: Vor allem beim Thema Doping seien europäische Regelungen nötig. Ein international gleichwertiges System von Sanktionen bei Doping-Vergehen war aber nur eines der Ergebnisse, die die Konferenz erbrachte: Auch auf eine einheitliche Regelung bei der Verbindung von Beschäftigung und Sport sowie bei der Darstellung des Behindertensportes in der Öffentlichkeit seien EU-Regeln notwendig. Die Kommission reagierte bereits: Ein „Plan für den Beitrag zur Dopingbekämpfung“ gilt als erster Etappensieg bei der EU-Vereinheitlichung. Ein Weg, auf dem noch viele Stationen und Hürden zu nehmen sein werden. Bis das System von Ländern, Bund und EU-Ebene im Sport eine einheitliche Gestalt angenommen hat, werden noch manche Meisterschaften ausgetragen. Doch die Hoffnungen sind groß, dass auch der Marathon, einen Sportartikel im EU-Vertrag zu verankern, bald die Zielgerade erreicht. Und dann einer ganz oben auf dem Treppchen steht: Der Sport mit Zukunft in ganz Europa. *Georg Nienaber*

## Das Ruhrproblem musste auf supranationaler Ebene gelöst werden

# Schuman-Plan erster Schritt zur Europäischen Union

Der am 9. Mai 1950 verkündete Plan des französischen Außenministers Robert Schuman sah vor, die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Dachorganisation, der auch andere europäische Länder beitreten könnten, zusammenzulegen. Dieser Schuman-Plan wurde am 18. April 1951 unterzeichnet, trat am 10. August 1952 in Kraft und gilt noch heute als Geburtsstunde der Europäischen Union.

Das Ruhrgebiet als wirtschaftlich stärkstes Gebiet Deutschlands und seine Zukunft gehörten zu den zentralen Fragen der Nachkriegspolitik. Den Alliierten lag es am Herzen, die deutsche Schwerindustrie weiterhin zu kontrollieren, damit sie nicht wie vor und während der vergangenen beiden Weltkriege für die Rüstung eingesetzt werden konnte. Besonders Frankreich sorgte sich um die dauerhafte Regelung der Ruhrfrage und forderte eine Abspaltung des Ruhrgebiets von Deutschland. Doch die Briten entschieden, das Land Nordrhein-Westfalen zu gründen, um so das Gebiet für Deutschland zu erhalten und die Kontrollansprüche der Sowjetunion abzuwehren. Mit der Gründung des Landes NRW konnte das Ruhrgebiet nun nicht mehr abgespalten werden, trotzdem wollten die westlichen Alliierten dieses wichtige Gebiet keinesfalls einer ausschließlich deutschen Verwaltung überlassen. Zu diesem Zweck einigten sie sich in einer Sechsmächtekonferenz (USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Luxemburg und die Niederlande) am 27. Mai 1948 auf die Errichtung der Internationalen Ruhrbehörde. Diese hatte die Kontrolle über

die Verteilung der westdeutschen Kohle- und Stahlproduktion. Ihre Mitglieder bestanden aus den Vertretern der Staaten der Sechsmächtekonferenz sowie der deutschen Regierung. Demnach war sie immer noch ein Instrument der Besatzungsmächte. Doch gilt sie heute als Ausgangspunkt für das wirtschaftliche und politische Zusammenwachsen der europäischen Staaten.

Am 9. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman vor, durch die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrie Deutschlands und Frankreichs und die Bildung einer Obersten Behörde „den ersten Grundstein einer europäischen Föderation“ zu bilden, „die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist“. Dem selben Ziel sollte vorher die Ruhrbehörde dienen, doch musste sie dazu als Kontrollorgan der Besatzungsmächte scheitern, während der Schuman-Plan klarstellte, dass Kooperation und Integration langfristig eher den Frieden sichern könnten.

Es war vorgesehen, die einseitige Kontrolle der deutschen Schwerindustrie in die Hände einer umfassenden Gemeinschaft zu legen. Diese sollte die Schwerindustrie aller künftigen Mitgliedstaaten regeln, um so auch der Diskriminierung Deutschlands in wirtschaftspolitischen Belangen entgegenzuwirken. Dieses Vorhaben korrespondierte mit dem amerikanischen Bemühen, das westliche Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die europäische Gemeinschaft einzufügen und damit zu einem Teil des Verteidigungssystems des Westens zu machen. Der amerikanische Staatssekretär Dean Acheson brachte dieses Bemühen im

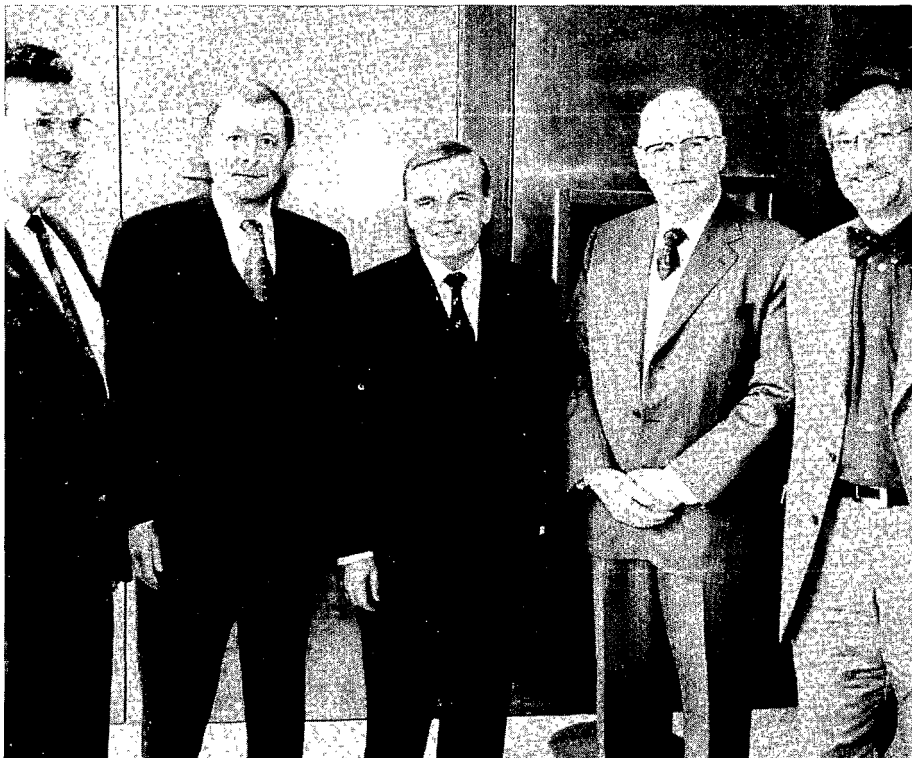
direkten Anschluss an Schumans Rede zum Ausdruck, denn Frankreich sollte wissen, dass die Vereinigten Staaten eine weitere Diskriminierung Deutschlands nicht zulassen würden. Schumans Vorschlag, das Ruhrproblem durch eine supranationale Lösung zu beheben, kam diesen Forderungen entgegen: Die Kontrolle der deutschen Schwerindustrie sollte fortan einer europäischen Gemeinschaft übertragen werden, in der die Bundesrepublik zusammen mit anderen europäischen Staaten einen festen und dauerhaften Platz finden würde. Damit trat der Vertrag zur Bildung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion), der ersten europäischen Organisation, mit den Mitgliedstaaten Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden am 10. August 1952 in Kraft, seit 1967 gemeinsame Kommission und gemeinsamer Rat mit Euratom und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) mit Sitz in Brüssel. Am 1. Januar 1973 wurden Großbritannien, Irland und Dänemark Mitglieder. Ihnen folgten 1981 Griechenland und 1986 Spanien und Portugal, und heute zählen auch Österreich, Schweden und Finnland zu den Mitgliedern der Europäischen Union.

Die Bildung der EGKS war ein erster wichtiger Schritt zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur heutigen Europäischen Union mit ihren vielschichtigen Aufgaben und Institutionen. Alles hat also am 9. Mai 1950 mit dem Schuman-Plan begonnen. Deshalb haben die Staats- und Regierungschefs 1985 in Mailand beschlossen, den 9. Mai künftig als Europatag zu feiern.

Sabine Klüber

## Zum Aufbau Ost

Die vom Landtag am 25. Februar 2000 eingesetzte Unabhängige Sachverständigenkommission zum Aufbau Ost trat am 29. März 2000 im Landtag zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die Kommission hat die Aufgabe, das Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen in den neuen Ländern, insbesondere auch die Arbeit des Verbindungsbüros Nordrhein-Westfalen in Ost-Berlin, in historischer und rechtlicher Hinsicht aufzuarbeiten und zu bewerten. Sie setzt sich zusammen aus drei von den Fraktionen benannten und unabhängigen Persönlichkeiten des politischen Lebens sowie drei Wissenschaftlern. Mitglieder sind die frühere Umweltministerin von Sachsen-Anhalt, Heidrun Heidecke, der ehemalige Justiz- und Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Diether Posser, der Landesvorsitzende des Bundes der Steuerzahler, Rechtsanwalt Georg Lampen, sowie die Wissenschaftler Professor Dr. Wolfgang Rensch, Dr. Heinrich Potthoff und Professor Dr. Hermann Weber. Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnete die konstituierende Sitzung des Gremiums, das Dr. Diether Posser zu seinem Vorsitzenden wählte, und wünschte den Mitgliedern viel Erfolg für ihre schwierige Aufgabe.



Bei der konstituierenden Sitzung. v.l. Dr. Heinrich Potthoff, Georg Lampen, Ulrich Schmidt, Dr. Diether Posser und Professor Dr. Wolfgang Rensch. Foto: Schälte

## Literatur

### Das neu entdeckte Land

Ein ganzheitliches Profil des Landes Nordrhein-Westfalen zu erstellen und dabei mit der Beschreibung von Land und Leuten sowie Landschaft und Landsmannschaften eine Landesidentität zu zeichnen, ist das Anliegen des politischen Sachbuchs „Nordrhein-Westfalen – Ein Land entdeckt sich neu“ von Ulrich von Alemann und Patrick Brandenburg. Initiiert wurde das „aktuelle Lehrbuch“ von der Landeszentrale für politische Bildung in NRW und beschreibt ohne „wissenschaftlich überbemühten“ Fachjargon die Geschichte des Landes und zeigt seine Position im Bund und der Europäischen Union. Anschaulich und für jedermann verständlich wird erzählt, wie aus dem Land von Kohle und Stahl, dem „provisorischen Bindestrichland der Nachkriegszeit“, das exportstärkste Bundesland Deutschlands wurde, das für die Zukunft auf den expansiven Dienstleistungs- und Kommunikationssektor setzt. Auch Bildung und Wissenschaft werden als Motoren im globalen Konkurrenzkampf dabei nicht vergessen. Der Wunsch der Autoren ist es, NRW als zusammengewachsenes Land darzustellen, dabei aber das charakteristische Bild der einzelnen Regionen nicht zu verwischen. Auch wenn sich Kölner und Düsseldorfer oder Rheinländer und Westfalen nicht immer ganz grün sind, so sind sie doch alle Nordrhein-Westfalen und zu Recht stolz darauf. Denn gerade die bunte Mischung von Gesichtern macht doch den Reiz dieses Landes aus.

### Leitfaden für die Wahl

Neben diesem amüsanten und informativen Lesebuch hat die Landeszentrale für politische Bildung auch einen Ratgeber zur anstehenden Landtagswahl am 14. Mai herausgegeben. Hier wird nicht nur die Rolle des Landes NRW in der EU charakterisiert und die Entwicklung der Landtagswahlen in den letzten 50 Jahren dargestellt, sondern es werden auch Fragen zum Wahlkampf und zu den Spielregeln der Landtagswahl beantwortet. Interessant sind die Informationen zur Ermittlung von Wahlergebnissen und deren Bedeutung für Landes- und Bundespolitik. Außerdem versuchen die Herausgeber endlich die Frage zu beantworten, warum man eigentlich noch wählen gehen soll. In Zeiten von Skandalen, Affären und Politikverdrossenheit zeigt diese Broschüre, wie wichtig nach wie vor Volkes Stimme ist.

Bei der Landeszentrale für politische Bildung kann Informationsmaterial schriftlich per Postkarte oder Fax bestellt werden. Adresse: Landeszentrale für politische Bildung NRW, 40190 Düsseldorf; Fax: 02 11/6 79-77 33. Sabine Klüber

## Im Internet

### „Wahlbetrachtungen“ des Landtags

Der Landtag hat „Wahlbetrachtungen“ zusammengestellt, die einen Überblick über Wahlen und Wählerverhalten seit der ersten Landtagswahl 1947 bis heute geben. „Landtag intern“ gibt diese „Wahlbetrachtungen“ an dieser Stelle in Auszügen wieder. Der vollständige Text ist als Angebot im Internet unter der Adresse „<http://www.landtag.nrw.de/wahl/3.htm>“ abrufbar. An Informationen sind auf der Home-Page des Landtags ferner „Wahlrecht und Mandatsverteilung“, „Ergebnisse der Landtagswahlen 1947–1995“ und „rechtliche Grundlagen“ einzusehen.

Zwölfmal wurde bisher der Landtag NRW, die Volksvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen, gewählt. Die erste Wahl fand am 20. April 1947, die bisher letzte am 14. Mai 1995 statt. Im ersten gewählten Landtag NRW waren CDU, SPD, KPD, Zentrum und F.D.P. vertreten. In der laufenden Wahlperiode arbeiten SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im nordrhein-westfälischen Landesparlament. Nach Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode wird die nächste nordrhein-westfälische Landtagswahl in diesem Jahr, am 14. Mai 2000 sein.

Bei der Wahl 1947 waren 7,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, 1995 waren es 13 Millionen gewesen. An der Wahl 1947 beteiligten sich 67,7 Prozent. Mit 64 Prozent war die Wahlbeteiligung nur 1995 noch niedriger. Die höchste Wahlbeteiligung ist mit 86,1 Prozent für das Jahr 1975 zu verzeichnen.

Die Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler schwankte zwischen 2,5 und 3,1 Millionen. 1995 allerdings betrug die Zahl der Nichtwähler 4,2 Millionen. In den Wahljahren 1947, 1950 und 1995 war die Gruppe der Nichtwähler stärker als jede Partei.

Im 1947 gewählten Landtag NRW betrug die Zahl der Mandate 216. Nach der Wahl 1950 waren es 205 Mandate. Dann – von 1954 bis 1975 – jeweils 200 Mandate. 1980 wurden 201 Mandate vergeben. Durch Überhang- und Ausgleichsmandate stieg die Zahl der Mandate bei der Wahl 1985 auf 227, 1990 auf 239 und 1995 auf 221. Seit 1975 beträgt die gesetzlich festgelegte Mindestzahl an Mandaten 201. Die bisher höchste Zahl an Mandaten ergab sich durch Überhang- und Ausgleichsmandate in der Wahlperiode 1990 bis 1995.

Lässt man die Zeit der beiden von der britischen Besatzungsmacht ernannten Landtage außer Acht, können sieben Phasen unterschieden werden, für die unterschiedliche politische Konstellationen charakteristisch sind:

1.) 1947 bis 1950: Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) regiert in einer Koalition aus CDU, SPD, Zentrum und KPD. Einzige Oppositionsfraktion ist zunächst die F.D.P. Im Februar 1948 scheidet die KPD aus der Regierung aus.

2.) 1950 bis 1956: Die CDU regiert das Land weiter mit Ministerpräsident Karl Arnold, der zunächst mit dem Zentrum und ab 1954 auch mit der F.D.P. eine Regierungskoalition bildet.

3.) 1956 bis 1958: Mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums von SPD und F.D.P. wird Arnold 1956 gestürzt. Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD) bildet eine Koalition aus SPD, F.D.P. und Zentrum.

4.) 1956 bis 1966: Bei der Wahl 1958 erreicht die CDU die absolute Mehrheit und regiert mit Ministerpräsident Franz Meyers allein. Nach den Wahlen 1962 und 1966 bildet er eine Koalition mit der F.D.P. Bei der Wahl im Juli 1966 hatte die SPD allerdings die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt.

5.) 1966 bis 1980: Die Zeit der sozial-liberalen Koalitionen, zunächst mit Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD), der im Dezember 1966 durch ein konstruktives Misstrauensvotum Regierungschef wird, und ab 1978 mit Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).

6.) 1980 bis 1995: Die Zeit der sozialdemokratischen Alleinregierungen. Mit Ministerpräsident Johannes Rau erringt die SPD dreimal hintereinander die absolute Mehrheit.

7.) 1995 bis 2000: Bei der Wahl 1995 büßt die SPD ihre absolute Mehrheit ein und ist gezwungen, eine Koalition einzugehen. Nach schwierigen Verhandlungen kommt eine Koalition mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustande. Im Frühjahr 1998 tritt Johannes Rau vom Amt des Ministerpräsidenten zurück. Sein Nachfolger wird Wolfgang Clement (SPD).

### Die Parteien

Während die SPD nach dem 2. Weltkrieg an ihre Parteitradition anknüpfen konnte, wurden CDU und F.D.P. neu gegründet. Die CDU konstituierte sich ganz bewusst als eine überkonfessionelle Partei; die F.D.P. hatte eine nationalliberale Prägung. Außerdem waren bis in die 50er-Jahre noch KPD und Zentrum als „Weimarer Parteien“ im Landtag NRW vertreten.

In der politischen Auseinandersetzung nach 1945 waren von Beginn an CDU und SPD die großen Kontrahenten. Diese beiden Volksparteien ließen die tradierten Lagergrenzen – katholisch/evangelisch, sozial, national –, die das politische Leben in der Weimarer Republik geprägt hatten, hinter sich. Trotzdem können auch noch heute „Konfession“ und „Klasse“ als Determinanten des Wählerhaltens bezeichnet werden. So findet die SPD nach wie vor bei ihrer Kernklientel, der Industriearbeiterschaft, mit 61 Prozent Zustimmung. Die katholische Bevölkerung sieht sich zu 49 Prozent durch die CDU vertreten.

### Staatsvertrag zu Studienplätzen

Der Hauptausschuss hat unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Werner Jostmeier (CDU) dem Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen und

dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Ratifizierung des Staatsvertrages vom 24. Juni 1999 einstimmig grünes Licht gegeben. Der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung stimmte mit dem gleichen Votum zu.



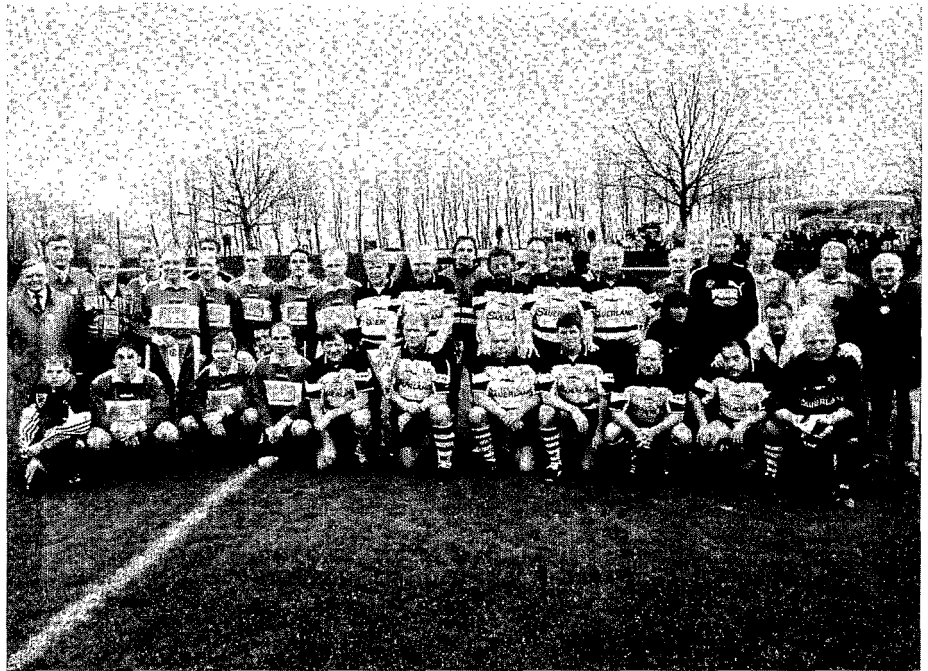
## Großartiges Spiel in Dortmund – Landtagspräsident gab den Ball frei

### FCL machte Borussen das Siegen nicht leicht

Der FCL begann die Saison 00 mit einem Paukenschlag. Der Schirmherr der Veranstaltung, der Abgeordnete Bodo Champignon, sorgte per Mikrofon für Stimmung; Landtagspräsident Uli Schmidt ließ es sich nicht nehmen, den Anstoß im Spiel gegen die Traditionsmannschaft von Borussia Dortmund auszuführen.

Da dies für einen doppelt guten Zweck geschah – Förderung des Jugendsports und Erhaltung des Hoeschparks – tat er dies mit äußerster Vehemenz. Diese übertrug sich auf die beiden Teams, die sich vor begeisterten Zuschauern ein packendes Kampfspiel lieferten. Dabei erwischte der FCL gegen die mit Stars gespickten Borussen – u.a. Aki Schmidt, Lothar Emmerich, Lothar Huber, Burkhard Segler, Reinhard Rauball, Amand Theis, Marcel Raducanu – den besseren Start.

Aus einer sicheren Abwehr mit Wolfgang Euteneuer, Rainer Maedge, Alex Schmitt und Jörg Krause setzte die Parlamentsmannschaft brillante Konter, die jedem Kenner das Wasser im Munde zusammenlaufen ließen. Das lief beim ersten Treffer nach folgendem Muster ab: Abfangen der Borussen-Attacke, Einsetzen des linken Flügels, Pass in die Mitte auf René Markgraf, dieser, die Borussen-Abwehr durchschneidend, steil auf die Multikulti-Sturmspitze des FCL



Unter der Schirmherrschaft des Abgeordneten Bodo Champignon (2. v.l.) stieß Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) die Partie gegen die Traditionsmannschaft an. In der linken Hälfte die Spieler des FC Landtag, in der rechten die alten Recken und Idole von Borussia Dortmund.

Werner Mayer, der auf unnachahmliche burgenländisch-brasilianische Art die Kugel über den herauseilenden Horst Betram schlenzte.

Beim 2:0 wirbelte der FCL die Borussia durch eine Zick-Zack-Kombination vom linken auf den rechten Flügel durcheinander, Kapitän Günter Langen hob eine butterweiche Flanke über die Abwehr der Schwarzgelben, und wieder war Werner Mayer zur Stelle und bugsierte diesmal per Kopf den

Ball ins Netz. Borussia Dortmund reagierte wütend – und kam durch einen etwas zweifelhaften Elfer zum Anschluss. Der frühere Borussen-Präsident Dr. Rauball versenkte das Leder und verlieh seiner Torfreude durch einen sehenswerten Flic-Flac Ausdruck. Kurz vor der Pause war er sogar zum zweiten Male erfolgreich. Da aber hatte der FCL bereits vier Tore erzielt. Auch den Treffern 3 und 4 gingen schnörkellose, effektive Spielzüge voraus. Aus jeweils kurzer Distanz vollstreckten erst Heiko Lenk und dann René Markgraf: Pausenstand 4:2.

In der 2. Halbzeit aber drehten die Borussen gewaltig auf. Vor allem Marcel Raducanu und Lothar Huber erhöhten die Drehzahl. Der FCL geriet immer mehr in Bedrängnis. Die Abwehr wurde immer kurzatmiger, immer hektischer. Von einem geordneten Spielaufbau konnte kaum noch die Rede sein. Angriff auf Angriff brandete gegen das von Keeper Wolfgang Hamann bravourös gehütete Tor. Gegen die vier Treffer, die der FCL schließlich kassieren musste, war er jedoch machtlos. Es gab einen weiteren Strafstoß gegen den FCL; auch dieser eine sehr, sehr harte Entscheidung. Auch die anderen Tore der Borussia wurden aus kurzer Entfernung, bei unübersichtlichem Getümmel im Strafraum des FCL, erzielt.

Erst beim Stande von 4:6 brachte der FCL wieder überlegt vorgetragene Angriffe zustande. Jupp Föhles wurde, nachdem er den Torwart bereits ausgespielt hatte, kurz vor der Torlinie von Amand Theis gestoppt. Der Kopfball von Debütant Valentin landete am Alu-Dreieck. Schade, aber insgesamt ein großartiges Spiel des FCL, der den Borussen aus Dortmund das Siegen wider Erwarten sehr schwer gemacht hatte. Nach dem Match saßen die Cracks im Sportlerheim des Hoeschparks bei belegten Brötchen und allseits beliebten Getränken zusammen und klönten über Fußball gestern, heute und morgen. Worüber sonst?



Über Logistikkompetenzen in der Bundesrepublik und St. Petersburg haben sich Ingenieure, Verkehrsplaner und Architekten aus der russischen Metropole an der Ostsee im Landtag informiert. Die Delegation wurde von Dr. Anatoli Efimov (l.) geleitet. Das Treffen mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt (3. v.r.) war auf Initiative des früheren nordrhein-westfälischen Innenministers Franz-Josef Kniola (SPD, 3. v.l.) zustande gekommen.

Foto: Schälte

## SPD-Fraktion

### Politprojekt zum Export deutscher Baukultur angeregt

Es wird zu wenig deutsche Baukultur exportiert. Darin ist sich die SPD-Landtagsfraktion mit Kulturstaatsminister Michael Naumann einig. „Wir sollten in der nächsten Legislaturperiode ein Pilotprojekt von Bund und NRW auf die Beine stellen, um diesen Mangel zu beheben“, griff Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Manfred Dammeyer eine Anregung des Staatsministers auf. Naumann hatte bei einem Besuch der Landtagsfraktion hervorgehoben, dass Nordrhein-Westfalen das auch qualitativ größte Bauvolumen an öffentlich genutzten Gebäuden in Deutschland habe.

Im Rahmen der Gesprächsserie „Bundesminister bei der SPD-Landtagsfraktion“ diskutierte Staatsminister Michael Naumann mit der Fraktion aktuelle kulturpolitische Themen. Naumann würdigte das Engagement Nordrhein-Westfalens für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Von dieser Solidarität sollte NRW Vorteile haben, sagte Naumann und fügte hinzu: „Das wird auch der Fall sein.“ „Wir freuen uns auf zusätzliche Förderung preußischen Kulturgutes in unserem Land durch den Bund“, erwiderte Fraktionsvorsitzender Manfred Dammeyer.



Die SPD-Landtagsfraktion hat den Beitrag des Frachtunternehmens UPS zur Verringerung des Fluglärms am Flughafen Köln-Bonn begrüßt. „Die Anwohner des Flughafens werden von einer spürbaren Lärminderung profitieren“, berichtete der für Flughafen-Fragen zuständige SPD-Landtagsabgeordnete Walter Bieber. Die Firma UPS werde bereits im September diesen Jahres vorzeitig für die zurzeit eingesetzte laute Maschine deutlich leiseres Fluggerät einsetzen. Bieber betonte, dass dies auch ein Erfolg beharrlichen Verhandels der Landesregierung sei. „Es zeigt sich immer wieder, dass mit dem Bemühen, einvernehmliche Lösungen im Konsens zu finden, sehr viel mehr erreicht wird als mit einer vordergründigen Politik von Verboten“, kommentierte Bieber. Jetzt werde ein wesentlicher Schritt zur Lärminderung am Flughafen getan, ohne Arbeitsplätze zu gefährden.



Eine Änderung des Datenschutzgesetzes und die Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie hat die SPD-Landtagsfraktion beschlossen. „Damit stellen wir sicher, dass künftig die Verarbeitung personenbezogener Daten, zum Beispiel durch Behörden, noch transparenter wird. Darüber hinaus haben Betroffene künftig ein Widerspruchsrecht, wenn sie ein besonderes schutzwürdiges Interesse gegen die Verarbeitung ihrer Daten geltend machen können“, kommentierte der innenpolitische Sprecher, Jürgen Jentsch, den Beschluss seiner Fraktion.

Als erstes Land der Bundesrepublik nehme Nordrhein-Westfalen die EU-Regelungen für den Datenschutz in Europa auf, erläuterte Jentsch. Mit der Änderung des Datenschutzgesetzes werde dem gestiegenen Einsatz neuer Techniken und elektronischer Informationsdienste im Umgang mit den Daten der Bürger Rechnung getragen. Der öffentliche und private Datenschutz werde zusammengefasst. Dadurch entstünden Synergieeffekte, mit denen der Schutz für die Bürger vor missbräuchlicher Verwendung ihrer Daten noch effektiver sei.

## CDU-Fraktion

### CDU unterstützt Forderung nach mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung

Die CDU-Landtagsfraktion NRW unterstützt einmütig die Forderung nach mehr Ausbildung statt mehr Einwanderung. „Die Haltung der SPD zur Debatte um die Green-Card ist an Heuchelei nicht zu überbieten. Mit ihren heftigen Reaktionen will die SPD nur von den eigenen Versäumnissen im Bildungsbereich ablenken und den völlig undurchdachten Schnellschuss des Bundeskanzlers durch nachfolgende vollmundige Erklärungen absegnen. Außerdem dürfen bei 4 Mio. Arbeitslosen die gerade im Bereich der Informationstechnologie bestehenden und wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeitssuchenden beschäftigungspolitisch nicht vertan werden“, begründete CDU-Fraktionschef Laurenz Meyer den Beschluss der Fraktion.

„An den Schulen in NRW fehlen Computer und Fachlehrer, an unseren Hochschulen ist trotz steigender Studentenzahlen im Informatik-Bereich keinerlei Anstrengung unternommen worden, um die Situation zu verbessern“, so Meyer. Stattdessen führe der den Universitäten von der Landesregierung aufgezwungene sog. Qualitätspakt zu einer weiteren Verschlechterung der Situation in den Fachbereichen. Laut derzeitiger Beschlusslage, z. B. an der Universität Dortmund, muss der Fachbereich Informatik eine Professur, darüber hinaus 4,5 Wissenschaftliche Mitarbeiter-Stellen und 2,5 Nichtwissenschaftler-Stellen abgeben. Zum Vergleich: An der Universität München werden in diesem Jahr vier neue Lehrstühle geschaffen. „Die wirtschafts- und medienpolitischen Erfordernisse wurden und werden verschlafen, Chancen unserer Kinder, Studenten, aber auch arbeitssuchender Menschen wurden vertan. Hier muss mehr geleistet werden als ein Versprechen, dass 2002 jede Schulklasse einen Computer hat“, so Meyer.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb ein bildungspolitisches Sofortprogramm, mit dem sich die Mängel der Vergangenheit korrigieren lassen und das die Chance bietet, Versäumtes im Interesse der Menschen und unseres Landes nachzuholen. Kernelemente dieses Programms müssen sein:

1. Die technische Ausstattung unserer Schulen muss nachdrücklich und beschleunigt verbessert werden. Dabei muss unser Ziel sein, alle Schulklassen dieses Landes noch im Jahr 2000 mit den erforderlichen Computern auszurüsten.
2. Fortbildungsmöglichkeiten im IT-Bereich für die Lehrer müssen in allen bildungspolitischen Institutionen gewährleistet sein.
3. Dem gewollten und erforderlichen Zulauf an unseren Hochschulen muss eine Aufwertung der entsprechenden Fachbereiche an den Universitäten folgen. Das fordert neue Lehrstühle und eine sachgerechte Ausstattung.
4. Die begleitende Kooperation mit den Unternehmen unseres Landes ist erforderlich, um die Vernetzung von bedarfsorientierter Ausbildung und Weiterbildung zu bewerkstelligen und so auch älteren Arbeitnehmern die Möglichkeit zu eröffnen, in diesem Bereich Fuß zu fassen.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### Jürgen Rüttgers auf dem Holzweg

Mit ihrer Postkartenaktion gegen Green Cards will die alte CDU im Westen ihre drohende Niederlage bei der Landtagswahl noch abwenden. Dafür ist ihr anscheinend jedes Mittel recht. Um ihren schwachen Eindruck in der Öffentlichkeit wettzumachen und um das Verschwinden ihres Spitzenkandidaten Rüttgers von der politischen Bühne zu verhindern, kämpft sie nun verzweifelt um die Hoheit über die Stammtische. Dem als „Rüttgers der Mensch“ angebotenen Kandidaten schallt prompt aus allen Teilen der Republik das Echo „Mensch Rüttgers!“ zurück.

16 Jahre, von 1982–1998, hatte die CDU/FDP-Bundesregierung Zeit, die Republik zukunftsfähig zu gestalten. Heute wissen wir besser als zu Beginn, was Helmut Kohl seinerzeit mit der „geistig-moralischen Wende“ gemeint hat. Jetzt wissen wir darüber hinaus, dass sein letzter „Zukunftsmi-nister“ Jürgen Rüttgers in Wirklichkeit ein Mann der Vergangenheit ist.

Dass Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt die Kampagne der NRW-CDU als „undurchdacht und erbärmlich populistisch“ bezeichnet, müsste selbst einem Jürgen Rüttgers zu denken geben. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass die UN in einer Bevölkerungsstudie Deutschland angesichts der niedrigen Geburtenrate die „Aufnahme von mehreren hunderttausend Einwanderern pro Jahr“ empfohlen hat. Dies zeigt deutlich, dass Deutschland Stammtischhelden nicht weiterhelfen. Was wir brauchen, ist die positive Gestaltung der Migrationsgesellschaft, z. B. durch die effektive Umsetzung des neuen Staatsangehörigkeitsrechtes und endlich ein zukunftsweisendes und humanes Einwanderungs-gesetz.

Parallel müssen wir im Bereich Schule und Hochschule alle Kräfte bündeln, um unserer jungen Generation in naher Zukunft die beruflichen Möglichkeiten, die eine Informationsgesellschaft bietet, zu eröffnen. Dabei ist es aus unserer Sicht wichtig, nicht nur auf eine massenhafte Technikausstattung zu schauen, sondern auch ein Schwergewicht auf die Vermittlung von Medienkompetenz, die Fähigkeit zu selbstbewusstem und kritischem Umgang mit dieser Technik zu legen. Mehr noch als Jugendliche, die sich vieles schon selbst angeeignet haben, sind Eltern und Lehrerinnen entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten anzubieten. Defizite, die sich hier über viele Jahre angestaut haben, können nicht von heute auf morgen ausgeglichen werden.

Aus diesem Grund, und weil in einer globalisierten Welt der internationale Austausch von Bildung, Wissen und Kultur, die Entwicklung grenzüberschreitender Kooperationen und menschlicher Kontakte immer wichtiger wird, liegt es im eigenen Interesse unseres Landes, eine ökonomisch vernünftige und politisch humane Einwanderungspolitik zu verfolgen.

Wir fordern Jürgen Rüttgers nachdrücklich auf, sein „haidern“ sofort einzustellen.



## Delegation aus Südtirol in NRW

Eine Delegation des Südtiroler Landtages unter der Leitung von Landtagspräsident Hermann Thaler (r.) hat Nordrhein-Westfalen besucht. Auf dem Programm standen unter anderem Duisburg mit seinem Hafen und dem Landschaftspark Nord sowie der Braunkohlentagebau in Garzweiler. Im Landtag wurde die Abordnung von Präsident Ulrich Schmidt (l.) empfangen und führte Gespräche mit einer Reihe von Abgeordneten aller Fraktionen. Foto: Schälte

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 13. April, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z O3 des Landtagsgebäudes statt. Am Tag vorher, 12. April, ist von 16 bis 18 Uhr Stammtisch mit den Repräsentanten der Kirchen im Restaurant des Landtags.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
 Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
 Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
 8 84 30 22  
 Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender  
 Pressesprecher des Landtags  
 Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
 Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin und Parlamentarische Geschäftsführerin, Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;  
 Nolker Becker (CDU), Pressesprecher;  
 Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher  
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
 Herstellung und Versand: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
 ISSN 0934-9154  
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>  
 LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Das Verständnis vom Abgeordnetenmandat im nordrhein-westfälischen Landtag beschäftigt Annelies Böcker in besonderer Weise. „Ich bin ja erst sehr kurz dabei“, sagt die Düsseldorfer CDU-Abgeordnete ein wenig vorsichtig. Doch sie meint: „Im Vergleich zur kommunalen Politik wirkt der Landtag wie ein Raumschiff.“ Sie vermisst mehr Eigenverantwortung der einzelnen Landtagsmitglieder und hinter oft abstrakten Formulierungen den konkreten Bezug zu Problemen der Bürger.

Annelies Böcker weiß, wovon sie redet — sie ist nach den Kommunalwahlen am 12. September 1999 von der Reserve-Liste für einen CDU-Kollegen nachgerückt, der zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt wurde und deshalb aus dem Landesparlament ausschied. Mit einer Ausnahmeregelung ihrer Kreispartei darf sie ihre Mandate im Stadtrat und in der Bezirksvertretung für die Düsseldorf Innerstadt beibehalten. 1975 ist sie dort zum ersten Mal gewählt worden. „Ich sehe, wie günstig es ist, Erfahrungen auf verschiedenen politischen Ebenen zu haben.“

„Im Landtag wird alles gegen die CDU-Opposition beschlossen“, stellt Frau Böcker fest. Dabei werde oft nicht mit einer Auszählung der Stimmen entschieden, sondern die Mehrheit der Koalitionsparteien SPD und GRÜNE kurzerhand unterstellt. „Auch wenn der Saal leer ist, hat Rot-GRÜN die Mehrheit.“ Dies spiele sich in den Ausschüssen so ähnlich ab. „Gemeinsamkeiten, wie sie in der Kommunalpolitik vorkommen, scheint es im Landtag nicht zu geben.“ Eine Anwesenheitspflicht wie im Stadtrat mit seinen ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern gebe es trotz der Bezahlung der Abgeordnetentätigkeit im Landtag nicht. „Das bewirkt ein anderes Verständnis der Mandatsausübung.“ Weil es bei Abstimmungen durch die Abwesenheit von Abgeordneten keine Überraschungen gebe, bestehe für das einzelne Landtagsmitglied ein starres Verfahren. „Das Parlament verliert so an Lebendigkeit.“ Eine spontane Äußerung sei für den Abgeordneten gar nicht möglich. Viele drängten sich auch überhaupt nicht, im Landesparlament etwas zu sagen. Eine stärkere Rechenschaftslegung des einzelnen Abgeordneten im Wahlkreis könnte nach Ansicht von Annelies Böcker die Trennung vom Bürger überbrücken helfen.

Die CDU-Abgeordnete und Kauffrau ist in Innsbruck/Tirol geboren, wo sie auch als kaufmännische Geschäftsführerin eines Unternehmens mit 40 Beschäftigten gearbeitet hat. Durch ihre Heirat ist sie nach Düsseldorf gekommen. Sie hat einen Sohn und eine Tochter. Vor zehn Jahren ist sie im Versicherungswesen wieder berufstätig geworden. Doch die



Annelies Böcker (CDU)

Verbindungen zu ihrer Heimatstadt und ihrem Elternhaus sind nicht abgerissen. „Da haben wir immer unsere Bleibe.“ Mehrfach im Jahr fährt die Skifahrerin und passionierte Bergsteigerin nach Tirol. Sie fasst das zusammen: „Ich bin eine EU-Bürgerin.“

Im Landtag ist sie ordentliches Mitglied im Ausschuss für Innere Verwaltung. Für ihre Arbeit sind aber außerdem die Ausschüsse für Verkehr, Wirtschaft und Europa ihre „Neigungsausschüsse“. Sie findet, dass sie dort auch als stellvertretendes Mitglied zum Zuge kommt. Wenn der Blick der Landtagsabgeordneten auf die Kommunen fällt, so kann sie nicht billigen, dass die Landesregierung die Städte und Gemeinden am goldenen Zügel hält und bei den anstehenden Verwaltungsreformen noch ihre Durchgriffsrechte dorthin stärken will. „Die dezentrale Verantwortung, das hat doch Deutschland groß gemacht.“ Deshalb tritt sie für eine Stärkung der Rechte und Eigenverantwortung der Kommunen ein.

„Besonders am Herzen liegt mir, dass die Bürger in Entscheidungsprozessen mehr Einfluss und mehr Möglichkeiten haben“, betont Annelies Böcker. Eine Abschottung der Politik von den Bürgern und damit das Entstehen einer politischen Kaste sei gefährlich. Eine Beteiligung an Entscheidungen werde allein dann ermöglicht, wenn der Bürger nicht das Gefühl habe: Die Politiker tun doch, was sie wollen. „Es muss sich viel ändern“, fügt die energische Abgeordnete hinzu. „Wenn wir ein modernes Land bleiben wollen, müssen Strukturen — nicht zuletzt in den Parteien selbst — verändert werden.“ Peter Weigert

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 16. bis 18. April 2000

16.4. **Elke Tälhorst** (SPD), 55 J.

17.4. **Gisela Ley** (SPD), 60 J.

18.4. **Margarete Roderig** (CDU), 43 J.

★

**Anke Brunn** (SPD), Landtagsabgeordnete aus Köln und langjährige nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin im Kabinett Rau, ist zur neuen Bundesvorsitzenden der SPD Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) gewählt worden. Sie löste die seit 1991 amtierende Düsseldorfer Landtagsabgeordnete **Brigitte Speth** ab, die nicht wieder kandidiert hatte. Bei der Bundeskonferenz der AfB, die in Düsseldorf stattfand, stellte Ministerpräsident **Wolfgang Clement** mit dem Thema „Bildung – die soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ die bildungspolitischen Ziele der SPD vor. Neu in den Bundesvorstand der AfB wurde der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, **Manfred Degen**, gewählt.

★

**Richard Blömer** (CDU), Landtagsabgeordneter, ist am 25. März nach zweijähriger Tätigkeit erneut in seinem Amt als Kreisvorsitzender der CDU Köln bestätigt worden. Er erhielt über 89 Prozent der Delegiertenstimmen. Stellvertreter wurden wie bisher die Landtagsabgeordneten **Hermann-Josef Arentz**, **Marie-Theres Ley** sowie die Bundestagsabgeordnete **Ursula Heinen**.

★

**Gisela Ley** (SPD), Landtagsabgeordnete, begeht am 17. April ihren 60. Geburtstag. Die in Düsseldorf geborene und in Leichlingen beheimatete Politikerin machte nach der Mittleren Reife 1956 eine Ausbildung als Reisebürokauffrau. Von 1959 bis 1961 war sie in einem Reisebüro in London tätig. Von 1961 bis 1965 arbeitete sie in Reisebüros und für verschiedene Fluggesellschaften in Düsseldorf. Von 1976 bis 1982 übernahm sie dann die Leitung der Bürgerberatung für einen Bundestagsabgeordneten. Von 1982 bis 1987 übte Frau Ley eine Tätigkeit in einem Architekturbüro in Leichlingen aus. 1988 wurde sie in der Rheinischen Landeslinik Langenfeld angestellt und dort 1995 Abteilungsleiterin der Wirtschafts- und Versorgungsabteilung. Mitglied der SPD ist sie seit 1969. Von 1970 bis 1981 war sie stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende. Von 1975 bis 1992 gehörte sie dem Rat der Stadt Leichlingen an. Seit 1985 ist sie Kreistagsabgeordnete und Mitglied des Fraktionsvorstandes des Kreistags Rheinisch Bergischer Kreis. Dem Landtag gehört Gisela Ley seit 1995 an. Sie ist ordentliches Mitglied der Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales, für Haushaltskontrolle sowie des Petitionsausschusses. Gisela Ley ist verheiratet und hat zwei Kinder.

★

**Wolfgang Clement** (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, ist zum vierten mal Großvater geworden. Der kleine Niils, erstes Kind von Clements ältester Tochter Katja, erblickte in Bonn das Licht der Welt. Clement und seine Frau Karin haben fünf Töchter.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Leben auf dem Land in Westfalen

Der Landesverkehrsverband Westfalen hat in seiner neuen Broschüre *primaLandLeben* insgesamt 233 Angebote aufgeführt, die die Vielfalt des ländlichen Westfalens dokumentieren. Die Angebote in *primaLandLeben* sind nach den individuellen Interessenlagen der Gäste in die sieben Themen LandKinder, tierisch gut, Landfeste, LandWellness, LandGemütlichkeit, LandKultur und Landgenuss unterteilt. Früher nannte man es „Sommerfrische“, wenn Städter aufs Land zogen und sich bei „ihrem“ Bauern einmieteten. Gästekinder freuen sich auf dem Land über fast grenzenlose Freiheit und natürlich auch über den Kontakt mit Tieren. Anfassen ist meistens erlaubt, ja sogar erwünscht. Selbst melken ist doch viel spannender als das Öffnen einer Milchtüte. Egal ob Hengstparade in Warendorf, Gimberter Kleinkunstfestival (Bild links), Übernachten in Indianer-Tipis im Wildwald Vosswinkel oder Ponyreitkurs mit Urkunde in Winterberg, Runkelrüben-Basteln in Bad Berleburg, Wendener Kirmes mit Kuhprämierung, ein Bett im Moor im Zwillbrocker Venn, Sagengeschichten im Tecklenburger Land, eine herzhafte Wurstplatte beim Schlachtfestwochenende in Schmallenberg oder einfach auf einer Weide entspannen (Bild rechts): in *primaLandLeben* des Landesverkehrsverbandes Westfalen in 44135 Dortmund, Friedensplatz 3, findet jeder sein passendes Rendezvous mit dem Land. Fotos: LVV Westfalen